

Wöchentlich 85 Pf., monatlich 2,60 Pf., im Voraus zahlbar. Postbezugs 4,92 Pf., einschließlich 60 Pf. Poststempel und 72 Pf. Vertriebsgebühren. Auslandsabonnement 6,- Pf. pro Monat; für Länder mit ermäßigtem Deutschepostzoll 5,- Pf.

Der „Vorwärts“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal, die Abendausgabe für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“. Zusätzliche Beilagen: „Welt und Zeit“, „Fremder Frauenstimme“, „Tagebuch“, „Bild in die Reichshölle“, „Jugend-Vorwärts“ u. „Stadtbeilage“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Die einseitige Konvertierung des 80 Pfennig Reichsmarkes in 1,- Reichsmark, „kleine Anzeigen“ das eingedruckte Wort 25 Pfennig (täglich zwei eingedruckte Worte), jedes weitere Wort 12 Pfennig. Stellenangebote das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Seite 60 Pfennig. Familienanzeigen Seite 40 Pfennig. Tagesgenussanzeigen im Hauptteil. Kleinanzeigen 3 wöchentlich von 5,- bis 17 Uhr.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Dönhofs 292-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postcheckkonto: Berlin 37536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Lindenstr. 3, Dt. P. u. Distr.-Bez., Depositent., Jerusalemstr. 65/66.

Jarres hat es nicht geschafft!

Die Stahlwerke müssen auf Lohndruck verzichten.

Duisburg-Hamborn, 20. Februar.

Die Direktion der Vereinigten Stahlwerke Ruhrort-Weiderich macht durch Anschlag bekannt, daß die Hütte morgen geschlossen wird. Trotz des Ergebnisses der Belegschaftsbefragung durch Oberbürgermeister Dr. Jarres sehe sie sich bei dem einmütigen Widerstand der Gewerkschaften gegen die Fortführung zu verminderten Löhnen außerstande, die Stilllegung zu vermeiden.

Düsseldorf, 20. Februar (Eigener Bericht.)

Durch die Presse ging gestern die Nachricht, daß der DMB eine Klage gegen den Arbeitgeberverband Nordwest plane. Wohl veranlaßt durch diese Mitteilung, hat das geschäftsführende Vorstandsmitglied des Arbeitgeberverbandes Nordwest Grauert den Bezirksleiter des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes Karl Wolff zum heutigen Morgen zu einer Besprechung nach Düsseldorf gebeten. Im Verlaufe dieser Besprechung stellte Grauert und Wolff die klare Frage, ob der DMB als Tarifkontrahent mit einer Abänderung des Tarifvertrages zum Nachteil der Arbeitnehmer einverstanden sei. Wolff verneinte diese Frage sofort kategorisch.

Nach Rücksprache mit dem Gewerksverein Deutscher Metallarbeiter (Hirsch-Dunder) sandten beide Organisationen folgenden Brief an den Arbeitgeberverband Nordwest: „Wir nehmen Bezug auf die heute morgen zwischen Ihrem Herrn Grauert und Herrn Wolff gepflogene Unterredung, die Gegenstand eingehender Beratungen zwischen dem DMB und dem Gewerksverein Deutscher Metallarbeiter (Hirsch-Dunder) war.

Beide lehnen es ab, irgendwelche Verhandlungen zu führen, geschweige denn Vereinbarungen zu treffen, die auf eine Abänderung des geltenden Tarifvertrages zugunsten der Arbeitnehmer der Vereinigten Stahlwerke H.-G., Abteilung Hütte Ruhrort-Weiderich, hinauslaufen.

Wie Ihnen bekannt, hat das Werk Hütte Ruhrort-Weiderich versucht, die im Betrieb beschäftigten und beschäftigt gewesenen Arbeiter zu veranlassen, zu untertariflichem Lohn die Arbeit fortzusetzen bzw. aufzunehmen. Wir fordern Sie auf, mit allen verbandlichen Mitteln auf Ihr Verbandsmitglied einzuwirken, es zu unterlassen, sei es direkt, sei es durch Vermittlung irgendwelcher dritter Personen, insbesondere des Herrn Oberbürgermeister Dr. Jarres, die Arbeiter aufzufordern, zu untertariflichen Sätzen die Arbeit bei Ihrem Verbandsmitglied fortzusetzen bzw. aufzunehmen. Wir bitten, uns umgehend Kenntnis zu geben, welche Maßnahmen Sie getroffen haben, daß Ihre Mitgliedsfirma nicht weiterhin Versuche anstellt, die darauf hinauslaufen, tarifwidrige Arbeitsbedingungen bei sich einzuführen.“

Schon nach wenigen Stunden erhielten die genannten Organisationen das folgende Antwortschreiben:

„Ihre Aufforderung, auf unser Verbandsmitglied Vereinigte Stahlwerke H.-G., Abteilung Hütte Ruhrort-Weiderich, zu wirken, den Versuch zu unterlassen, Arbeit zu untertariflichem Lohn fortzusetzen oder aufzunehmen, ist gegenstandslos, da bis heute für uns als Verband und Tarifvertragskontrahenten dieser Versuch in keiner Weise feststeht. Die Vereinigten Stahlwerke, Abteilung Hütte Ruhrort-Weiderich, hat vielmehr durch ihren Verhandlungsleiter dauernd erklärt,

daß sie nur mit Zustimmung der Gewerkschaften ihre der Belegschaft gemachten Vorschläge zur Durchführung bringen würde.

Einer Abstimmung im Betriebe, die überdies noch dazu unter Zustimmung des Betriebsrats erfolgte, stehen tarifrechtliche Bedenken von uns als Tarifvertragspartei nicht im Wege. Ebenso haben wir keinen Einfluß (?) auf die zweite Abstimmung, die durch Herrn Oberbürgermeister Dr. Jarres außerhalb des Werkes stattgefunden hat, nehmen können, und haben uns dazu darüber hinaus auch aus tarifrechtlichen Gründen nicht veranlaßt gesehen. Im übrigen entnehmen wir aus dem zweiten Absatz Ihres Schreibens, daß Sie trotz des Abstimmungsergebnisses Ihre Zustimmung zur Durchführung des Wertvorschlages nicht zu geben gewillt sind. Wir haben daraufhin der Vereinigten Stahlwerke H.-G. mitgeteilt,

daß unter diesen Umständen die Durchführung des Wertvorschlages aus tarifrechtlichen Gründen unterbleiben müsse.“

Das Schreiben ist ein klägliches Rückzugsgesicht des Arbeitgeberverbandes Nordwest. Sein Inhalt entspricht auch nicht den Tatsachen. Die Gewerkschaften haben Beweismaterial in der Hand, daß die Wertleitung im engsten Einvernehmen mit Oberbürgermeister Jarres den Versuch unternommen hat, Arbeiter zur Aufnahme der Arbeit zu untertariflichen Bedingungen zu veranlassen. Die Gewerkschaften wissen auch, daß Bestrebungen in dem Werk vorhanden gewesen sind, ohne Mitwirkung der Gewerkschaften eine Durchbrechung des Tarifvertrages zu erreichen. Dieser Versuch ist gescheitert.

Jarres hat sein Anforderungsschreiben nicht nur an Arbeiter des Werkes gefandt, die noch in Arbeit stehen oder die sie vor kurzem verloren haben, vielmehr kann nachgewiesen werden, daß Anforderungsschreiben auch an solche Arbeiter ergangen sind, die seit annähernd sechs Jahren invalide sind, ja, in einem Falle ist sogar das Schreiben an einen Arbeiter gefandt worden, der seit mehreren Jahren in Brasilien lebt!

Trotzdem hat es Jarres nicht geschafft. Der Widerstand der Gewerkschaften und des Tarifrechtes waren stärker als der stärkste Druck, den Schwerindustrie im Verein mit dem Apparat der Stadt Duisburg ausgeübt haben. Nach dieser effektanten Niederlage der vereinigten wirtschaftlichen und politischen Reaktion erhebt sich aber die Frage, ob es ertagen werden kann, daß der Stahlwerksverband 54 bis 60 Stunden arbeiten läßt und gleichzeitig ein anderes rentierendes Werk stilllegt.

Jarres verteidigt sich.

Oberbürgermeister Dr. Jarres hat an den Deutschen Metallarbeiterverband in einem Schreiben seine Aktion in dem Lohndruckversuch der Hütte Ruhrort-Weiderich zu verteidigen versucht. Dr. Jarres betont darin, er stehe zu lange im Wirtschaftsleben, um nicht würdigen zu können, daß vom gewerkschaftlichen Standpunkt aus Bedenken gegen die Art seines Eingreifens in den Stilllegungsprozeß bestehen könnten. Er habe deshalb von Anfang an bis zuletzt den größten Wert darauf gelegt, mit den Gewerkschaften und dem Betriebsrat gemeinsam die verhängnisvolle Stilllegung der Hütte zu verhindern. Das sei von Arbeitnehmerseite, insbesondere auch von der Bezirks- und Ortsverwaltung des DMB, durchaus anerkannt (?) worden. Er habe sich jedoch überzeugen müssen, daß der von ihm vorgeschlagene Weg der Lohnsenkung mit gleichzeitiger Sicherung des Arbeitsplatzes und einer Höchstfestlegung der Feierschichten der einzig verbleibende Weg gewesen sei, um das Elend der Hüttenstilllegung von Stadt und Arbeiterschaft abzumenden. (?) Die erste Abstimmung der Belegschaft habe infolgedessen ein falsches Bild gegeben, als damals die überwiegende Mehrzahl der Leute noch nicht an den Ernst der Lage geglaubt habe. Er habe jedenfalls sich unter allen Umständen für verpflichtet gehalten, alles zu tun, um das Unheil aufzuhalten. Man möge vom gewerkschaftlichen Standpunkt über das Vorgehen der Stadtverwaltung denken, wie man wolle; der Weg der Lohnfrage habe beschritten werden müssen; denn es handele sich um Sein oder Nichtsein der Stadt oder großer Stadtteile.

Attentat in Wien.

Revolverschüsse auf König Zogu vor der Staatsoper. Ein Begleiter getötet.

Wien, 20. Februar.

König Zogu von Albanien, der gegenwärtig in Wien zur Erholung weilt, hatte heute mit einigen Herren seines Gefolges der Aufführung von „Bajazzo“ in der Wiener Staatsoper beigewohnt. Als er nach Schluß der Aufführung das Operngebäude verließ, feuerten zwei junge Leute, anscheinend Studenten, die dem König vor dem Gebäude aufgelauret hatten, mehrere Schüsse gegen den König Zogu ab.

König Zogu blieb unverletzt, dagegen wurde einer seiner Begleiter durch einen Schuß getötet.

Die beiden Attentäter wurden verhaftet. Die Polizei hat noch keine Angaben über Namen und Nationalität der Täter gemacht. Das in Wien verbreitete Gerücht, daß Kammerjäger Kode, der den Tonio im „Bajazzo“ gespielt hatte, durch einen Schuß der Attentäter schwer verletzt worden sei, ist unrichtig.

Einem eigenen Bericht aus Wien zufolge soll der getötete Begleiter der „Hofmarschall“ des Königs Zogu sein, ein zweiter Begleiter soll schwer verletzt sein. Die Zahl der Attentäter wird in unserer Meldung mit drei angegeben.

In Wien lebt der durch Zogu im Dezember 1924 verdrängte frühere Herrscher Albaniens Fan Noli, der noch immer über einen starken Anhang verfügt, während Zogu sich vor allem durch die Gunst Italiens, dessen Werkzeug er ist, am Ruder hält.

Todesstrafe für Veruntreuungen. Der Rat der Volkskommissare der Sowjetunion hat eine Verordnung erlassen, in der allen Kassierern, Buchhaltern und den für die ordnungsmäßige Durchführung der Kassensführung verantwortlichen Personen wegen Unterschlagungen und Veruntreuungen die Todesstrafe angedroht wird. Die Verordnung tritt sofort in Kraft. Die Veruntreuungen haben dem russischen Staat im letzten Jahre über 11 Millionen Rubel gekostet.

Bierzehn und ein Diktator!

Wertwürdige Vorgänge in der Staatspartei.

Bei der Reichstagsfraktion der Staatspartei gehen merkwürdige Dinge vor. Ganz unerwartet und in striktem Widerspruch mit ihrer bisherigen wirtschaftspolitischen Haltung hat die Staatspartei im Reichstag agrarpolitische Anträge gestellt, die nicht nur in den bürgerlichen Lagern Deutschlands helles Erstaunen hervorgerufen haben, sondern auch im Ausland als gefährliches Symptom der gesamten bisherigen deutschen Wirtschaftspolitik angesehen werden können. Die demokratischen Anträge verlangen die sofortige Wiederintraffierung der Einfuhrzölle für Rindfleisch und Kalbfleisch, Schweine und Schweinefleisch, Schafe und Schaffleisch. Sie verlangen ferner, zur Revision der Zölle für Butter und Molkereierzeugnisse, für Eier, Geflügel, Obst und Gemüse Verhandlungen mit den in Frage kommenden Ländern, wobei das Ziel selbstverständlich die Erziehung der Zölle ist. Ferner sollen die Zölle für Schweine und Schweinefleisch so gestaffelt, also auch erhöht werden, damit jeder Schweineeinfuhr nach Deutschland vorgebeugt wird. Gegenüber diesen ausgesprochenen protektionistischen Forderungen spielt das Feigenblatt der übrigen Anträge zur Förderung der Selbsthilfe in der Landwirtschaft, die Reichsregierung zur Anwendung der Bestimmungen des Reichsmilchgesetzes im ganzen Reich zu ermächtigen, und einige früher auch vom Reichsverband der deutschen Industrie gemachte Staatshilfsorschläge zur Verbesserung der Milchwirtschaft durchzuführen, kaum eine Rolle. Der Antrag ist unterzeichnet von 15 Mitgliedern der Staatspartei, darunter natürlich auch von dem staatsparteilichen Landwirt Hillebrand-Schlesien und Dr. Stolper.

Es ist bekannt, daß das Reichskabinett in dieser Woche über die Agrarforderungen des Reichsernährungsministers nicht zu einer Einigung gekommen ist. Das dem Kabinett vorliegende Programm ist bisher auch der Öffentlichkeit in seinen Einzelheiten nicht mitgeteilt worden. Es ist aber ebenso bekannt, daß das Reichswirtschaftsministerium in einer Denkschrift die allerschwersten Bedenken gegen die dem Kabinett vorliegenden Anträge zum Ausdruck gebracht, daß eine Reihe von Staaten in den letzten Wochen gegen mögliche Zollerhöhungen bereits Einspruch erhoben haben und daß mit Sicherheit die wirtschaftlichen Beziehungen zu den wichtigsten Käuferstaaten deutscher Produkte mit der Durchführung des dem Kabinett vorliegenden Agrarprogramms auf das schwerste gefährdet werden. Der Reichsverband der deutschen Industrie hat erst gestern in einer Entschliebung die für den deutschen Export drohenden Gefahren unter Hinweis darauf, daß vom Export drei Millionen deutsche Arbeiter und Angestellte leben müssen, mit allem Nachdruck unterstrichen. Er hat gesagt, daß eine Verteuerung der Veredelungsprodukte auch die inländische Kaufkraft sehr schwer treffen und in ihrer endgültigen Wirkung der Landwirtschaft dauernden großen Schaden zufügen müsse.

Ganz überraschend aber ist, mit welcher Schärfe die demokratischen Anträge von den demokratischen Blättern selbst preisgegeben werden. Der „Berliner Börsen-Courier“ protestiert mit der Ueberschrift „Ein unbegreiflicher Antrag“, „Handelspolitischer Umsfall in der Staatspartei?“ Das „Berliner Tageblatt“ erklärt, daß der Antrag in auffälligem Gegensatz zur Haltung der Partei und speziell zu den Ausführungen des staatsparteilichen Redners gelegentlich der Etatberatungen im Haushaltsausschuß steht und daß man in den Anträgen wahrscheinlich die Rücksichtnahme der Fraktion auf den Bauernvertreter Hillebrand-Schlesien zu sehen habe. Dieser Hinweis ist außerordentlich ausschlußreich, denn Hillebrand-Schlesien gibt der Staatspartei erst die Fraktionsstärke. „Einfach undisutabel“ werden die Zollwünsche des staatsparteilichen Antrags genannt. Geradezu klassisch aber ist die Beurteilung, die der staatsparteiliche Abgeordnete Dr. Stolper an dem gleichen Tage, an dem die Anträge gestellt worden sind, in seiner Zeitschrift „Der deutsche Volkswirt“ diesen Anträgen angedeihen läßt. Dr. Stolper schreibt:

„Die Erweiterung des Einfuhrzollsystems, die Zollerhöhungen für Hülsenfrüchte, die Zollerhöhungen für die landwirtschaftlichen Veredelungsprodukte — worunter wohl vor allem die Verdoppelung des Futterzolls zu verstehen ist — läßt sich nicht mehr vertreten, da so das deutsche Preisniveau allzusehr um Niveau des Weltmarktes entfernt und die sozialen Schwierigkeiten allzusehr verschärft würden. Wenn der Kleinhandelspreis für Butter durch den Zoll um weitere 25 Pf. pro Pfund verteuert wird, so mag der Betrag unerheblich erscheinen. Aber für einen Arbeitslosen mit Kindern, der 20 Reichsmark in der Woche als Unterstützung be-

tomat, für den Ausgesteuerten, der noch viel schlechter steht, ist das eine unerträgliche Belastung."

Auch im übrigen hat sich Dr. Stolper voll den Argumenten des Reichswirtschaftsministeriums gegen die agrarischen Zollpläne angeschlossen.

Nun besteht gewiß ein kleiner Unterschied zwischen den staatsparteilichen Anträgen und den im Reichskabinett diskutierten Forderungen, soweit diese bekannt sind. In der Hauptforderung aber, daß nämlich die Zollabwehr für Butter, Obst und Gemüse, Eier und Geflügel verschärft werden soll, ist höchstens ein Unterschied des Grades gegeben, nicht aber ein Unterschied der Wirkung.

Die Vorgänge in der Staatspartei lassen sich nur so erklären, daß die ganze Partei von jenem Herrn Hillebrand abhängt, dem sie die Fraktionsstärke verdankt.

Hakenkreuz-Wandlung.

Auf dem Wege zur Goebbels-Bewegung.

Täglich schreibt Herr Goebbels in seinem „Angriff“ einen Leitartikel darüber, daß die Flucht der Nationalsozialisten aus dem Reichstag ein großer Sieg gewesen sei. Täglich müht er sich um neue Dialektik, um dem Kagenjammer entgegenzuwirken. Gestern zeigte er sich in der Pose des wirtschaftlichen Landesverraters, um seine Bedeutung zu beweisen:

„Nicht wahr, Herr Reichsfinanzminister Dietrich, während die demokratische staatsverhaltende Presse über den Jug der Opposition durchs Rote Meer ihre Sottisen ausschüttet, haben Sie die bittere Erfahrung machen müssen, daß Ihnen von nah und fern, im In- und Auslande die laufenden, kurzfristigen Kredite gekündigt wurden.“

Wozu der tägliche Krampf? Für wen, oder besser gegen wen schreibt Herr Goebbels diese aufgeregten Dinge? Diese Artikel sind für Herrn Hitler bestimmt. Sie sollen ihn fesseln, falls er die große Aktion der Goebbels-Bewegung rückgängig machen will. Während Hitler in München sitzt und abwartet, hält Goebbels nervöse Monologe, aus Furcht und Hoffnung geboren. Aus Furcht, daß Hitler ihm plötzlich einen Strich durch seine Aktion machen könnte, aus der Hoffnung, daß er selbst mit dieser Aktion Hitler beiseite schieben und an die Stelle der Hitler-Bewegung die Goebbels-Bewegung setzen könne.

Herr Goebbels verschmäht dabei die Politik der Nadelstiche nicht. Er hat den letzten Aufruf Hitlers zunächst nur im Auszug veröffentlicht, erst nach Tagen hat er ihn an verstreuter Stelle im Wortlaut veröffentlicht mit einer Vorbemerkung, die eine Rechtsverwahrung gegen die Verpflichtung darstellt, die Aufrufe Hitlers abzudrucken. Herr Goebbels rebelliert gegen das starre „Führerprinzip“, weil er nicht selbst der Führer ist.

Kurzum, Herr Goebbels will Hitler werden. Er will die Macht und die Herrlichkeit, und tragt des Führerprinzips — die Kasse.

Der Giftspieß von Hugenberg.

Der Hugenbergsche „Tag“ rebandiert sich für den Artikel „Selbstmord der nationalen Opposition“, den Kapitän Ehrhardt gegen die Flucht aus dem Reichstag veröffentlicht hat. Mit dem Motto: „Der Mann, der stets scherterte“, veröffentlicht er sein Bild und folgende Sätze:

„Kapitän Ehrhardt ist seit Jahren mit einer Pensionssklave gegen das Reich so reichlich beschäftigt, daß er sich dieser Aufgabe allein widmen sollte. ... Kapitän Ehrhardt fühlt sich darauf, daß der heutige Staat ihn „mit dem Anspuch auf Pensionssklave verabschiedet“ habe.“

Dies ist in aller Form eine moralische und politische Verurteilung der Klage des Putschisten um Pension!

Ueber dem Giftspieß des Hugenberg-Blattes gegen Ehrhardt steht zu lesen: „Ehrhardt erfreut die Linkspreste.“ Richtig! Aber das Hugenberg-Blatt hat uns nicht weniger erfreut!

Graef-Thüringen nimmt Urlaub!

Während 150 weiter schwänzen.

Unter den Urlaubsgesuchen, die gestern bei Eröffnung der Reichstags-Sitzung vom Präsidenten verlesen und vom Hause stillschweigend genehmigt wurden, erregte eines nicht geringes Aufsehen. Der deutschnationale Abg. Graef-Thüringen erbat und erhielt 14 Tage Urlaub „wegen dringender Geschäfte“.

Herr Graef-Thüringen hat damit den 150 Abgeordneten, die jetzt ohne Urlaub den Reichstag fernbleiben, eine empfindliche Lektion erteilt. Denn durch sein Urlaubsgesuch hat er befunden, daß er im Gegensatz zu den 150 an den Arbeiten des Reichstags teilnehmen würde, wenn ihn nicht „dringende Geschäfte“ daran hinderten.

Mit ordinären Schwänzern wie Hugenberg und Freitag-Boringhoven will Herr Graef-Thüringen nicht verwechselt werden. Aus dieser Absicht hat er sein Urlaubsgesuch gestellt. Anders läßt sich der Vorgang nicht erklären. Denn man kann doch nicht annehmen, daß Herr Graef-Thüringen bloß für seinen Vizepräsidentenposten eine formaljuristische Deckung gesucht und durch Vorspiegelung dringender Geschäfte den Reichstag getäuscht haben könnte. ...

Mit dem Krückstock!

Hindenburg soll Brüning hauen.

Der deutschnationale Reichstagsabgeordnete Wege veröffentlicht in seiner offiziellen Parteikorrespondenz einen Brief, den er an den Reichspräsidenten v. Hindenburg geschrieben hat und in dem es zum Schluß heißt:

Die Landwirtschaft hat zu Euer Excellenz das feste Vertrauen, daß Sie helfen wollen. Die Regierung kommt aber aus Erwägungen und über Bedenken nicht hinaus. Auch was jetzt von der neuen Hilfe bekannt wurde, ist nicht geeignet, neue Hoffnungen zu erwecken. Namens meiner Berufsgenossen in der Grenzmark, meinem Wahlkreis, bitte ich Euer Excellenz aufs inständigste, dafür Sorge zu tragen, daß etwas Durchgreifendes geschieht und daß es ungefälscht geschieht.

Der Preussische Große König Friedrich hatte einen Krückstock, der seine Wirkung nicht verlor. Ich bitte Euer Excellenz, diesen Krückstock wieder in die Hand zu nehmen und ihn zu gebrauchen, solange es nicht für alles deutsches Land zu spät ist.

Wie wir annehmen, wird dem schreiblustigen Herrn aus dem Büro des Reichspräsidenten geantwortet werden, daß der Krückstock

Schwarz-Rot-Gold!

Siebenjährige Gründungsfeier des Reichsbanners im Sportpalast

Als Vorfeier zum siebenjährigen Gründungsstag hatte der Gau Berlin-Brandenburg des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold am gestrigen Freitagabend zu einer Kundgebung im Sportpalast aufgerufen, und die republikanische Bevölkerung Berlins war diesem Aufruf in Massen gefolgt. Bis hoch unter das Dach waren die Ränge dicht besetzt. Ein großes Aufgebot von Reichsbannerleuten, das sich um das große Oval des Parterres wie eine graue Mauer zog, und weiterhin in der ersten, zweiten und dritten Etage postiert war, sorgte für Ordnung. Der Jubelstrom der Massen war so mustergültig geregelt, daß die Veranstaltung Punkt 8 Uhr beginnen konnte. Unter dem „Fahnenruf“ der Spielleute vollzog sich, begrüßt von dem Beifall der Tausende, der Einmarsch der Fahnen in den mit Schwarzrotgold reich geschmückten Saal. Das Erscheinen der vielen schwarzrotgoldenen Banner wirkte elektrisierend auf das Publikum, es erhob sich spontan von den Plätzen, wartete stehend, bis die Fahnenträger ihre Plätze an der ovalen Rückseite des Saales unter dem großen Reichsadler eingenommen hatten.

Den Vortragspruch des kürzlich verstorbenen sozialistischen Dichters Franz Rosenfelders: „Die Fahnen der Republik“ sprach Heinrich Witte, der rechte Sprecher für diese Massenversammlung und sein gewaltiges Organ, durch die Mikrophone verstärkt, war bis in die fernsten Winkel des Saales zu hören. Dann brachte der Männerchor Fichte-Georgia, im ersten Rang postiert, Massenschöre zum Vortrag, die mit größtem Beifall aufgenommen wurden. Die Vereinigten Reichsbanner-Musikkapellen (etwa 100 Mann stark), unter der Stabführung von Kapellmeister Habedank, spielten den „Fackeltanz“ von Meyerbeer. Darauf folgten die vereinigten Spielmannszüge, etwa 200 Mann stark, mit verschiedenen Märschen. Nicht endemollender Beifall dankte den 300 Reichsbannermusikanten.

Dann nahm, von stürmischem Beifall begrüßt, der preussische Staatsminister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung,

Genosse Grimme

das Wort. „Ist es nicht ein Widerspruch“, so führte er aus, „daß wir hier zusammenkommen, um ein Fest zu feiern, während draußen eine Millionenmillionen nicht weiß, was werden soll? Wir schließen nicht die Augen vor der Not, um das Gewissen zu beläuben und das Schicksal derer zu vergessen, die durch eine von keiner Vernunft geregelte und deshalb aus den Augen geratene Weltwirtschaft des selbstverständlichen aller Menschenrechte beraubt sind, des Rechts auf mitschaffende Arbeit. Trotzdem diese Feiertage? Es vertritt sich mit dem Ernst der Stunde deshalb, weil Sinn dieses Festes ist, daß es uns Zuversicht gibt und neue Energien entbindet, dieser Not zu steuern, und weil wir die Gewißheit haben, daß der einzelne, der helfen will, nicht auf verlorenem Posten steht. Wir tragen das Wissen hinaus in den Alltag, daß wir in eine Kameradschaft eingereicht sind und daß Tausende von Menschen dastehen, heute wie vor sieben Jahren ihre Hand mitanzulegen an das große Werk des Aufbaues eines neuen Deutschlands. Freilich: Lange genug hatte es gedauert, bis damals vor sieben Jahren die Menschen sich zusammenschlossen, die den Willen hatten, den Staat zu sichern, der nach dem Fiasko des Vorkriegsstaates der Lebensraum für unser Volk geworden ist.“

Lange genug hatte es gedauert, bis in einer Zeit höchster Gefährdung dieses jungen Staates ein Schutztrupp erkandend ist, der sich seitdem als Bollwerk gegen allen überhitzten Nationalismus bewährt hat und der zum Sammelbecken aller derer geworden ist, deren Wille zur Nation gesund ist.

Im Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold haben sich alle zusammgefunden, die, gleichgültig, wo sie sonst politisch stehen, nicht in der Erkenntnis irre wurden, daß erst die Garantie für ein Wiederaufstehen ein unerschütterbarer Staat ist. Allzulange hatte sich der deutsche Republikaner das Treiben unverantwortlicher Gruppen und Gruppchen gefallen lassen, die den Eindruck erwecken wollten, als täten sie, wenn sie das Wort „national“ recht oft im Munde führten, dem Vaterlande schon Dienst genug. Lange genug hatten zahllose Volksgenossen geglaubt, es sei überflüssig, diesen unaufhörlich schwächenden, lähmenden und aufgeregten Kreisen (stürmischer Beifall) besondere Beachtung zuzuwenden. In stillem Tun seiner Arbeit nachzugehen, schien genug. Justiz, Polizei und Reichswehr würden genügen, politisierendes Maulheldentum

Friedrichs nicht mehr zur Verfügung stehen, da er bereits nach Amerika verkauft sei. Wäre er aber noch vorhanden, so wüßte er in erster Linie gegen Abgeordnete angewendet werden, die, statt fleißig zu arbeiten, hinter den Reichstag gehen und unerschämte Briefe schreiben.

Walther-Rathenau-Preis.

Preisträger: Gaus, Singer, Kayhler.

Die Walther-Rathenau-Gesellschaft gibt die Verteilung des Preises für 1930 bekannt. Die neu geschaffene Medaille hat Ministerialdirektor Gaus im Auswärtigen Amt erhalten. Der Geldpreis (3000 Mark) wird geteilt zwischen Professor Dr. Kurt Singer in Hamburg und Friedrich Kayhler.

Die Verteilung entspricht der Einteilung der Gesellschaft in eine politische, wirtschaftliche und kulturelle Sektion.

Aus dem dritten Reich.

Im Thüringischen Landtag, der am Freitag mit der Beratung des Etats für 1931 begann, richtete der Redner der Volkspartei scharfe Angriffe gegen die Politik des Nazi-Ministers Dr. Fried. Ueberhaupt ließ die Debatte erkennen, daß zwischen den Regierungsparteien wieder einmal starke Meinungsverschiedenheiten bestehen.

In einer Versammlung der NSDAP. in Gera erklärte der Hakenkreuzler Streicher: „Unsere SA. und SS. brennen darauf, jetzt loszuschlagen.“

Die Kommunistische Partei Thüringens hat dem Staatsministerium einen Antrag auf Zulassung eines Volksbegehrens zwecks Auflösung des Landtages zugehen lassen. Jemande Aussicht auf Erfolg hat der Antrag nicht.

keinen Unfug anrichten zu lassen. Das grauanwolle Jahr 1923 kam, und da wurden auch dem Gutmütigsten die Augen geöffnet.

Man erkannte, daß der Staat mit seinen Organen gar nichts außerhalb unserer selbst ist, und daß er nur soviel ist, wie wir aus ihm machen.

(Erneuter, stürmischer Beifall.) Damals, als irregleitete Jugend durch Putschversuche und struppelloses „Zurruhelegen“ großer und verehrungswürdiger Führer den Volksstaat vernichten zu können glaubte, riß auch den Ruhigsten der Geduldsfaden ab. Damals entstand das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold zum Schutze der Staatsform der demokratischen Republik und ihres Fundamentes, des Werkes von Weimar. Wo wäre Deutschland heute ohne diese Gründung des schwarzrotgoldenen Staatsbürgerbanners der deutschen Republik? (Anhaltende, begeisterte Zustimmung.)

In wenigen Monaten schlossen sich Hunderttausende dem Reichsbanner an. Der Staat war nichts mehr, das im luftleeren Raum schwebte, sondern wir waren der Staat. So wurde der Staat von Weimar gerettet. Wo immer seitdem diese Urtafsache, daß der Staat nur soviel Kraft hat, wie er durch jeden einzelnen von uns bekommt, ergriffen worden ist, da hat wohl noch das Tränengos die Augen, aber nicht mehr der schwelende Unfug verworrenere Phrasen Blid und Gehirn trüben und umnebeln können. Der Wille zum Staat schuf sich ein Instrument.

Die Gründung des Reichsbanners, damals vor sieben Jahren, war ein Ausdruck dessen, daß in den deutschen Massen das Staatsbewußtsein erwacht war.

Ideen sind nichts ohne Menschen, die sie aufgreifen. Aber warum gerade dieser Staat, die Republik, die demokratische Idee, der Staat von Weimar? Es gibt nur zweierteil: aus eigener Verantwortung zu handeln oder zu verzichten auf diese Mitverantwortung zugunsten des dann allein verantwortlichen Handelns eines diktatorischen Gehirns. Es bleibt uns nur die Wahl, entweder ohne Einsatz des eigenen Gewissens und der Vernunft Sklave eines fremden Willens sein, oder der Bürger eines Staates, in dem es für jeden Pflicht, Freude und Ehre ist, am Bau der Zukunft der Nation aus eigenen Verantwortungen mit hand anlegen zu können. (Wiederum anhaltende Begeisterung.)

Selbstverantwortung verleiht Freiheit, Diktatur vergangen nur eine Freiheit, die Freiheit von der Verantwortung. Das eben macht die hohe Bedeutung der demokratischen Staatsform aus. Von uns, Kameraden, wird es abhängen, ob dieser Kampf für einen freien Staat, für den die Besten der Nation seit über hundert Jahren ihr Leben eingesetzt haben, zum Ziel und Sieg führt. Wer bereit ist, sich in diese Einheitsfront für die Idee des Staates miteinzufügen, ist uns willkommen.

Aber für das Reichsbanner gibt es keine andere Einheitsfront als die des Kampfes für die demokratische Republik. Hier ist das Wesen aller Aufbaupolitiker erfüllt, denn echte Politik ist Wille zum Zusammenleben, Zusammenleiden, Zusammenarbeiten. (Spontane, langanhaltende Zustimmung.)

Es gibt nur einen Beweis der Treue: phrasenlose Mitarbeit am Aufbau Deutschlands und an der Ueberwindung seiner Not. Wer diese Aufbaubarbeit durch Nege und Verleumdung und durch eine oppositionelle Haltung zerlegt und zerstört, übt Verrat. Diebe zur Nation ist ihm nur verkappter Haß mit der Richtung auf den Staat. Wir lieben beides, Nation und Staat! Der alte Märker Fontane sagt, daß eine große Zeit immer nur dann ist, wenn es beinahe schief geht. Auf uns sind die Augen der Zukunft gerichtet. Um dieser Zukunft willen dürfen wir nicht nur ein Schutztrupp des Werkes von Weimar sein. An uns zerbricht die Mitterarbeit der Gegner.

„Unser ist das Recht, unser die Staatsidee, unser der Wille zur Nation!“

Die Rede des Staatsministers, Genossen Grimme, wurde mit Begeisterung aufgenommen. Wieder spielten die vereinigten Musikkapellen unter Kapellmeister Rudloff, der Männerchor Fichte-Georgia sang unter dem Jubel der Massen. „Der Freiheit Schwur“, von den Sportabteilungen und dem Jungbanner, von Hanne Rerten und Heinrich Witte vorgetragen, schloß die Feier.

Auf der Vortragsfolge aber, die jedem überreicht wurde, steht zum Schluß der Satz: „Hinein in das Reichsbanner, erfülle deine Pflicht sofort!“

Treibereien in Schlesien.

Putschistenberatung in Breslau. — Spiel mit dem Feuer

Breslau, 20. Februar. (Eigenbericht.)

Am Montag, dem 9. Februar, haben in Breslau Besprechungen zwischen Vertretern der Nationalsozialisten (Sturmabteilungen) und dem Stahlhelm stattgefunden. Es nahmen daran teil unter anderem: der Landesführer des Stahlhelms für Schlesien, Malowski, der militärische Führer der NSDAP. für Schlesien, Kremer, Heinz, genannt Hauenstein, und der Berliner Vertreter des Hauenstein.

Zweck der Besprechung sollte die von Heinz-Hauenstein schon mehrfach propagierte Gründung eines schlesischen Selbstschutzes sein. Heinz-Hauenstein erinnerte an die bekannte Kontroverse zwischen der „Kreuz-Zeitung“ und der „Germania“ wegen des angeblichen Planes einer Errichtung eines von Deutschland losgelösten ober-schlesischen Pufferstaates; Heinz-Hauenstein behauptete, gegen diesen Plan mobilisieren zu wollen und mobilisieren zu müssen.

Wir erfahren, daß die ersten Vorbesprechungen in dieser Sache bereits im Dezember vorigen Jahres in Breslau geführt worden sind; in erster Linie ist Hauenstein die treibende Kraft.

Der Wiener Presserichter verurteilte am Freitag den verantwortlichen Redakteur des Heimwehblattes „Die Freiheit“ wegen Verleumdung des sozialdemokratischen Nationalrats Waldfisch zu 1000 Schilling Geldstrafe. Das Heimwehblatt hatte behauptet, Waldfisch habe während der Räteblutur in Ungarn Unfug anrichten lassen und Dichtblidie begangen. Die Behauptungen erwiesen sich als erfogen. Was dem Läger als Diebstahl und Erpressung vorgeworfen wurde, seien Requirierungen im Auftrag der ungarischen Regierung gewesen.

Ein frisch-fröhlicher Admiral.

In Andalusien muß es regnen — und dann wird alles gut.

London, 20. Februar. (Eigenbericht.)

Der Madrider Korrespondent des „Daily Herald“ hatte am Freitag mit dem Ministerpräsidenten Aznar eine Unterredung. Als ihre erste Aufgabe betrachtete die Regierung, so erklärte Aznar, die Stabilisierung der spanischen Währung. Die Gemeindefragen sollen sofort ausgeschoben werden, und das kommende Parlament müsse die Verfassung reformieren. Diese Reform solle sich auch auf das Gebiet der Sozialpolitik erstrecken. Die Universitäten würden wieder geöffnet. Die Arbeitslosigkeit und vor allem die Hungersnot Andalusiens sei nur eine Folge der Dürre. Wenn in Andalusien der Regen komme, gebe es dort wieder Arbeit und alles werde in Ordnung sein. Auch den Eisenbahnern, die sich ebenfalls in einer besonders schweren Lage befinden, werde geholfen werden. Die Eisenbahngesellschaften müßten die versprochenen Lohnerhöhungen zahlen, und wenn es eines Tages der Etat der Gesellschaften nicht mehr vertrage, werde die Regierung für die Eisenbahnen einspringen. Vor dem Wahltag der Republikaner sei es der Regierung nicht bange. Sie seien nur ein neues Häuflein, hätten nichts hinter sich, und alle anderen Wähler würden zur Urne kommen.

Diese frisch-fröhlichen Erklärungen des Admirals Aznar werden am besten illustriert durch eine am Freitag im „Daily Express“ erschienene Unterredung des Madrider Vertreters dieses konservativen Blattes mit dem spanischen Ministerpräsidenten. Ihm gegenüber betonte der Ministerpräsident mit Stolz, er sei ein halbes Jahrhundert und sein ganzes Leben lang nichts anderes gewesen als ein Seemann. Er habe sich nie mit Politik beschäftigt.

Reichsgerichts-Imperialismus.

Ein unmöglicher Beschluß.

Der Vorstand des deutschen Anwaltvereins hat einen Beschluß gefaßt, der fordert, daß die sämtlichen obersten Gerichtshöfe des Reichs dem Reichsgericht in Leipzig angegliedert werden. Gedacht ist hier wohl hauptsächlich an das kommende Reichsverwaltungsgericht, aber auch an schon bestehende Gerichte, wie den Reichsfinanzhof, das Reichsverwaltungsgericht, das Reichswirtschaftsgericht usw. Gegen diesen Beschluß muß der schärfste Widerspruch erhoben werden. Er ist einmal technisch undurchführbar, da er einen Gerichtshof von vielen Duzend Senaten erfordern würde. Zudem scheint er von dem Bestreben diktiert worden zu sein, den Geist der Leipziger Rechtsprechung auf alle Gebiete unseres Rechts einwirken zu lassen. Wer sich die vielen Urteile des Reichsgerichts und des von ihm maßgebend besetzten Staatsgerichtshofs der letzten Zeit, nicht nur auf dem Gebiete des Strafrechts, vergegenwärtigt, die zu scharfer Kritik herausgefordert haben, wird leicht die Gründe erkennen, die zu diesem Beschluß geführt haben, und die zwingen, diesen Plan von vornherein abzulehnen.

Personalpolitik in Hinterpommern.

Ein reaktionärer Bürgermeister.

An der Volksschule der Stadt Neustettin und an der städtischen Mittelschule sind zusammen etwa 80 Lehrpersonen tätig, darunter 2 — in Worten zwei — Sozialdemokraten. Einer von diesen beiden, der Schwerkriegsbeschädigte Konzeptionsrat Menge, bewarb sich um eine von der Stadt zu besetzende Lehrstelle an der Volksschule. Der Bürgermeister Biske, Vorsitzender der Schuldeputation, den Menge persönlich aufsuchte, erklärte ihm mit dürren Worten, daß, obwohl alle Voraussetzungen für die Bekleidung des Amtes durch Menge gegeben sind, er trotzdem nicht in Frage käme, weil die Stelle nur mit einem den Rechtsparteien Angehörigen besetzt würde. Ungefähr wörtlich sagte der Ortsgewaltige: „Die Regierung schickt uns einen Sozialdemokraten nach dem andern hierher (die Wahrheit siehe oben); da müssen Sie sich nicht wundern, wenn der Magistrat, in dem von den 9 Stimmen 7 den Rechtsparteien gehören, ihre Wahl ablehnt.“ Der Bürgermeister will also einen Parteibuchbeamten.

Die gewerbsmäßige Stellenvermittlung

Das Neuregelungsgesetz im Ausschuss verabschiedet.

Der soziale Ausschuss des Reichstags hat am Freitag, dem 20. Februar, das Gesetz über die Neuregelung der gewerbsmäßigen Stellenvermittlung verabschiedet. Der sozialdemokratische Antrag, nach dem die gesamte gewerbliche Stellenvermittlung mit dem 31. März 1931 unter angemessener Entschädigung der Stellenvermittler aufgehoben werden soll, wurde wiederum gegen die Sozialdemokraten und Kommunisten abgelehnt, die bürgerlichen Parteien beschlossen, daß die Stellenvermittler wahrweise entweder Entschädigung erhalten oder den Betrieb bis zum Tode des Inhabers weiterführen dürfen.

Für diejenigen Stellenvermittler, die ihren Betrieb erst nach dem Juni 1930 aufgemacht haben und nach der beschlossenen Vorlage nicht weiterbestehen dürfen, wurde ein besonderer Härteparagraf angenommen, wonach sie in einzelnen Fällen Entschädigung bekommen können.

J. d. J. Löpeltmann.

Der schimpfende Studienrat soll vorgeführt werden.

Der Studienrat Dr. Löpeltmann, der den Innenminister Orzeszinski einen „Judenbastard“ und einen „lächerlichen Bonzen“ genannt hatte, dafür vom Schöffengericht Schöneberg zu 300 Mark verurteilt und von der Strafkammer freigesprochen worden war, hat es auch gestern vorgezogen, der Großen Strafkammer des Landgerichts II, die nach Aufhebung des freisprechenden Urteils durch das Reichsgericht die Sache noch einmal verhandeln sollte, fernzubleiben. Schon am 6. Februar stand ein Termin an; schon damals war Herr Dr. Löpeltmann nicht erschienen, das Gericht glaubte, eine Rechtsfertigung für das Nichterscheinen des nationalsozialistischen Studienrats in seiner Unabkömmlichkeit als Reichstagsabgeordneter erblicken zu können. Nun hat aber Herr Löpeltmann den Reichstag verlassen, hat also Zeit genug, um den Termin wahrzunehmen. Da er aber trotzdem nicht erschienen war, beantragte der Staatsanwalt, den Angeklagten zwangsweise vorkühren zu lassen. Das Gericht erteilte diesem Antrage gemäß der Staatsanwaltschaft den Auftrag, beim Reichstag die entsprechende Genehmigung zu dieser Zwangsmaßnahme einzuholen.

Diktatur über Krakau. Der Stadtrat von Krakau wurde aufgelöst und an seiner Stelle ein Regierungskommissar mit zwei Stellvertretern und einem Beirat, bestehend aus 60 Personen, ernannt. In dem neuen Stadtrat haben die Sozialisten keinen einzigen Vertreter.

Hitlers Falstaffgarde.



Hitler: „Moralische Vorwürfe gegen Euer Privatleben weise ich mit aller Schärfe zurück. Wir sind keine moralische Anstalt, sondern ein Bund rauher Kämpfer!“

(Vgl. Erlaß Hitlers vom 3. Februar 1931.)

Hitler spielt Bayernkönig.

Größenwahn hinreichend vorhanden.

München, 20. Februar. (Eigenbericht.)

Hitler ist zur Zeit ausschließlich mit der Ausschmückung des Münchener Parteipalastes beschäftigt. Das beweist er durch die Veröffentlichung eines Bandwurmartikels, der mit rund 100 Zeilen 1 1/2 Seiten seiner Zeitungsplantage füllt. Unter Beweibrauchung seiner eigenen Verjüngung erzählt er dort zunächst zum soundsovielten Male die Anfänge der Münchener Hakenkreuzbewegung. Dann begründet er den Erwerb des Augusthauses im Sinne des Größenwahnsinnigen Bayernkönigs, der sich von Bismarck mit Millionen aus dem Reptilienfonds subventionieren ließ, mit folgenden Sätzen:

„Die nationalsozialistische Bewegung ist eine machtpolitische Erscheinung und kann nicht verglichen werden mit den Wirtschafts- und Parlamentsparteien unserer Mitte. Das Ziel ihres Kampfes und Ringens ist das unermesslich Große, das sich auch rein äußerlich in einer überragenden Bedeutung jedermann klar zeigen muß.“

Die Notwendigkeit großer Räume begründet der Raziopapst mit der Einrichtung vieler Abteilungen der Partei für Organisation und Propaganda, kommt dazu der mächtige Ausbau der SA- und SS-Leitung. Ein anderer Teil der Parteigeschäfte soll künftighin noch in der bisherigen Geschäftsstelle eines dreistöckigen Miethauses im nördlichen Stadtteil abgewickelt werden. Selbstverständlich befindet sich „das Büro des Führers“ im neuen Staatspalast, der eine Fahrenhalle, eine Standartenhalle und einen Senatensaal enthält. Dies werden angeblich die schönsten Räume sein, „künstlerisch glänzend ausgestattet“, wobei „zum ersten Male seit dem griechischen Meerer das Hakenkreuz als neues Ornament in verschiedenen Formen verwendet worden ist. Auch große Marmoraltäre mit großen Buchstaben tragen die Namen der vom Reichsbanner und Rot Front ermordeten SA- und SS-Kameraden... Ueberhaupt wird der Bau ein Museum von Erinnerungen an die Kämpfe unserer Bewegung sein.“

Ueber den Kostenaufwand dieses Palastes, den der Raziopapst „Braunes Haus“ getauft hat, macht er keine Angaben. Er spricht lediglich davon, daß er schon vor sechs Monaten angeordnet habe, „daß von allen seinen eigenen Versammlungen ein Mindestbetrag von 3000 bis 5000 Mark zur Ausschmückung des Parteihauses ab-

geliefert wird, die dadurch hereinzubringen sind, daß jeder Besucher, der nicht Parteimitglied ist, einen Eintrittspreis von 5 Mark zu bezahlen hat“. Hitler schließt seine Angaben mit dem Satz: „Wenn ich persönlich das Opfer bringen kann, in jeder solchen Versammlung bis zur eigenen Erschöpfung zu sprechen, dann müssen diejenigen, die bisher überhaupt noch kein Opfer für die Bewegung gebracht haben, jedesmal wenigstens 5 Mark zahlen. Wer das nicht will, braucht nicht zu kommen.“

Größenwahn in höchster Potenz...

Wirklich keine moralische Anstalt!

Eine Zierde der SA — immun gegen Rauschgift.

Wir veröffentlichten gestern einen geheimen Erlaß Hitlers, in dem es heißt, daß die SA keine „moralische Anstalt zur Erziehung von höheren Töchtern, sondern ein Verband rauher Kämpfer“ sei. Das Privatleben der Nazis darf nach diesem Erlaß kein Gegenstand der Betrachtung sein. Was angesichts dieses Umstandes für Typen in führenden Stellungen der Nazis gelangen, geht aus der Beschwerde eines Nationalsozialisten an das Gaubüro der NSDAP für Berlin-Brandenburg über einen führenden SA-Mann hervor. Darin heißt es:

„Als ich vor einiger Zeit beim Amtsgericht war, machte ich gelegentlich eines Besuches einer Verhandlung folgende Wahrnehmung: Aus der Untersuchungshaft wurden der Parteigenosse I., seine Ehefrau und die Witwe vorgeführt. Die Anklage gegen diesen war wegen Zuhälterei, gegen seine Frau wegen gewerbsmäßiger Unzucht, gegen die Witwe wegen Kupplerei erhoben. Das Urteil erging und sie wurden alle zu Gefängnisstrafen verurteilt. Es wurde in der Urteilsbegründung festgestellt, daß der Parteigenosse einer Einbrecherbande angehört und schon des öfteren wegen Diebstahls und Einbruchs verurteilt war. Deshalb machte ich die Parteileitung auf den Parteigenossen I. aufmerksam.“

Entsprechend dem Hitler-Erlaß ist der Zuhälter und Einbrecher bis heute noch nicht aus der Razi-Partei hinausgeworfen worden. Statt dessen aber dürfte der Anzeiger daran glauben müssen. Und so etwas soll Deutschland „erneuern“?

Der Sieg von Islington.

Geschlagener Gegenkandidat gratuliert Arbeiterabgeordneten

London, 20. Februar. (Eigenbericht.)

Der Wahlsieg der Labour Party im Londoner Wahlkreis Islington ist groß und beachtenswert. Zwar zeigt die Erziehungswahl wie alle vorhergehenden, daß der Stimmentzug der Arbeiterpartei größer ist als der Prozentfuß der bei den Nachwahlen stark verminderten Wahlbeteiligung, dennoch darf die Labour Party mit ihrem Sieg sehr zufrieden sein.

Der Erfolg wurde in einem Wahlkampf errungen, bei dem den Konservativen nicht nur der übliche Riespropagandaapparat zur Verfügung stand, sondern diesmal auch die gesamte Londoner konservative Presse. Die Partei Baldwin's war allerdings in zwei Lager gespalten: zwei konservative Kandidaten bekämpften sich. Dabei wurde der offizielle konservative Kandidat von der Reichspartei durch den Kandidaten der Zeitungstönige überholt und geschlagen. Wenn die Arbeiterpartei in dieser für sie ganz besonders ungünstigen Zeit das Mandat mit erhöhter Mehrheit behaupten konnte, so ist ein solcher Erfolg beachtenswert und gibt der Labour Party neuen Auftrieb.

Bei der Verkündung des Wahlergebnisses kam es zu einer für die politische Kampfesart Englands charakteristischen Szene. Als der Wahlvorsteher den Sieg von Frau Manning verkündete, kam der an zweiter Stelle stehende Kandidat der Zeitungstönige, ein früherer Brigadegeneral, auf die Arbeiterkandidatin zu, küßte sie und beglückwünschte sie zu ihrem großen Erfolg.

Neusüdwales stellt Zahlungen ein.

Sydney, 20. Februar. (Eigenbericht.)

Der auf dem revolutionären Flügel der Arbeiterpartei stehende Ministerpräsident Lang des Einzelstaates Neusüdwales hat entschieden, daß die Rückzahlung der Staats- und Kommunalanleihen einstweilen einzustellen sind. Es handelt sich vor allem um am 1. März von Neusüdwales fällige Zahlungen an London in Höhe von 100 000 Pfund. Allerdings ist

die australische Zentralregierung staatsrechtlich für die Schulden der Einzelstaaten haftbar.

Lang lehnt sich durch seinen Schritt gegen den Beschluß der Zentralregierung sowie des australischen Bundesrates auf, die beide vor einigen Tagen die Zahlungseinstellung einmütig zurückwiesen. Der Beschluß ist zugleich eine Revolte gegen die große Mehrheit der australischen Arbeiterpartei, die ebenfalls eine von Lang beantragte Inflation und Zahlungseinstellung verworfen hat. Durch das eigenmächtige Vorgehen Langs ist ein staatsrechtliches Problem aufgeworfen, das die Krise Australiens ebenso verschärfen muß wie den Konflikt innerhalb der Arbeiterpartei.

Antifaschistencoup in Genua.

Flugblätter vom Auto auf die Straßen geworfen.

Genf, 20. Februar. (Eigenbericht.)

Ein mutiger Vorstoß der Antifaschisten ist in Genua gelungen. Am Freitag tauchte dort ein Auto auf, das in rascher Fahrt durch die Straßen fuhr und dessen Insassen überall große Mengen antifaschistischer Flugblätter herauswarfen. Es waren dieselben Flugblätter, wie sie vor Monaten von dem Flieger Balanoff über Mailand abgeworfen worden waren und in denen die Bevölkerung über die wahre Lage Italiens aufgeklärt und aufgerufen wurde, sich gegen die faschistische Diktatur zu erheben. Milizsoldaten und Gendarmen feuerten wiederholt auf den Wagen, ohne ihn zu treffen. Er verschwand und blieb unauffindbar.

Verweis für Bucharin und Klow. Das Politbüro der Partei sprach gegen Bucharin und Klow einen strengen Verweis dafür aus, daß sie trotz der Beschlüsse des Parteikongresses Propaganda gegen die Politik der Parteizentrale führten und dadurch die Einheit der Partei gefährdeten. Das Politbüro erinnert sie daran, daß die Partei zu Repräsentanten greifen werde, wenn sie ihre Propaganda nicht einstellen sollten.

Putsch in Peru. Nach einem Putsch in der Hafenstadt Bellao wurden die „Verschwörer“ in ein altes Fort und wurden festgenommen.

Wirtschaftliche Hitlerei.

Die Unternehmer spielen verrückt.

Auch die Zigarren- und die Ziegelfabrikanten haben sich die Zwanzig-Prozent-Parole der Schwerindustriellen zu eigen gemacht. Die Macheit und Hemmungslosigkeit, die sich bisher unter der Führung der Hitlerbewegung in Deutschland auf politischem Gebiet ausgetobt haben, greifen also auch auf die Wirtschaft über.

Die Zigarrenfabrikanten haben jahrzehntelang den zweifelhaften Ruf genossen, die schlechtesten Löhne zu zahlen. Diesen Ruf möchten sie nicht verlieren. Der Reichsverband deutscher Zigarrenhersteller will zwar seine Lohnbauanträge dem Tabakarbeiterverband erst bei den Verhandlungen, die am 3. März in Hamburg beginnen sollen, mitteilen, weil es ihm angeblich bis jetzt noch nicht möglich war, seine Tarifkommissionsmitglieder zusammen zu bekommen. Einige seiner Mitglieder haben jedoch bereits aus der Schule geplaudert und angedeutet, daß die Löhne in der Zigarrenherstellung um 20 Proz. gekürzt werden sollen.

20 Proz. Lohnsenkung für den Zigarrenarbeiter! Dabei beträgt der Durchschnittsverdienst eines Sollarbeiters in der Zigarrenindustrie noch nicht einmal 1200 M. im Jahr, werden davon noch die 20 Proz. in Abzug gebracht, dann verbleibe ein Jahresdurchschnittsverdienst von weniger als 960 M. Damit sollen die Zigarrenarbeiter und ihre Familien auskommen!

Man möchte das Ganze für die Ausgeburt einer überhitzen Phantastie halten. Allein wer die Zigarrenfabrikanten kennt, weiß, daß sie bei Lohnruß zu allem fähig sind. Sie wollen die durch das Tabaksteuergesetz geschaffenen Verhältnisse ausnutzen. Sie wollen zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen: auf der einen Seite Gewicht und Fasson der Zigarre zu ihrem Vorteil ändern, bzw. erhöhte Preise nehmen und auf der andern Seite die Löhne um 20 Proz. kürzen. Sie glauben, ihren Anschlag leicht durchführen zu können, weil die Arbeitslosigkeit die Zigarrenarbeiterschaft besonders schwer heimgesucht hat. Sie wissen, daß Ende Januar von der freigewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft rund 70 Proz. arbeitslos waren. Trotz der gewiß für die Tabakarbeiter schwierigen Situation wird jedoch der Deutsche Tabakarbeiterverband alles daran setzen, um den geplanten Lohnabbau zu verhindern. Und daneben haben schließlich auch die Zigarrenraucher noch ein Wortlein mitzusprechen.

In der Ziegelindustrie und Grobklerra mit wollen die

Unternehmer ebenfalls aufs Ganze gehen. Was sie 1930 an Verschlechterungen nicht durchsetzen konnten, wollen sie dieses Jahr erzwingen. Eine Reihe von Tarifverträgen ist bereits gekündigt für Schlesien sind bereits Entschädigungen getroffen, die aber vom Reichsarbeitsminister noch nicht für verbindlich erklärt wurden, so daß dort in der Ziegelindustrie ein tarifloser Zustand herrscht. Die in den übrigen Bezirken bereits getroffenen freien Verhandlungen sind fast alle infolge der maßlosen Forderungen der Unternehmer gescheitert. In Schleswig-Holstein verlangen sie z. B. einen Abbau der Stunden- und Akkordlöhne um 20 Proz., ferner restlosen Abbau der Zuschläge für Überstunden und Sonntagsarbeit, Kürzung des Urlaubs für Saisonarbeiter und völlige Beseitigung des Urlaubs für Saisonarbeiter. Im Erfurter Bezirk haben die Ziegeleibesitzer die gleichen Forderungen gestellt. Im Bezirk Gera haben die Unternehmer eine Kürzung des Spitzenstundenlohns von 80 auf 68 Pf. gefordert und im Eisenacher Bezirk eine solche von 75 auf 55 Pf., also fast 27 Proz.!

Die Unternehmer glauben sich wohl schon im „Dritten Reich“. Auch vom Standpunkt der Aufrechterhaltung der kapitalistischen Wirtschaft sind ihre Absichten komplex verrückt. Aber man darf nicht annehmen, daß ihnen die Vernunft sozulegen von selber kommen wird. Hier gilt es für die Arbeiterschaft, sich rücksichtslos zur Wehr zu setzen. Stärkung der Gewerkschaften und der Partei, geschlossene Front auf allen Gebieten, Disziplin und Entschlossenheit, anders sind die Unternehmer nicht zur Vernunft zu bringen.

Lohnkürzung um 23 Proz. gefordert.

Breslau, 20. Februar.

Der Verband schlesischer Textilindustrieller hat alle lohnrechtlichen Vereinbarungen zum 31. März 1931 gekündigt. Die Herren fordern für den Neuabschluss der Lohnverträge im wesentlichen: Senkung der Löhne auf den Stand vor dem Schiedsspruch vom 2. Mai 1928, also rund 23 Prozent Lohnabbau, ferner Beseitigung der Bestimmung, daß „bereits bestehende höhere Löhne nicht gekürzt werden“, und schließlich Beseitigung der Bestimmung über Zahlung von Leistungszulagen an Handwerker. Die Verhandlungen hierüber sind für Ende Februar vorgesehen.

Die Diskussion war insofern recht interessant, als die „Opposition“, die auch in dieser Organisation schon seit einiger Zeit spukt, endlich einmal das Wort führte. Ihr Wortführer erklärte frank und frei, daß die RGO. auch zur Spaltung dieser Organisation übergehen müsse, da es ihr nicht gelungen sei, sie von innen heraus in ihrem Sinne umzuformen.

Auf diese Erklärung festgenagelt, versuchte sie der Wortführer der „Opposition“ wieder abzuschwächen, doch gelang ihm dieser falsche Rückzug nur schlecht. Eine ellenlange Entschärfung der „Opposition“ mit dem üblichen phrasenhaften Inhalt verfiel der Lächerlichkeit und wurde mit erdrückender Mehrheit abgelehnt.

Helle Entrüstung rief das Spaltungsbekanntnis des Oppositionsführers hervor. Fast einmütig stellte sich die Generalsammlung diesen Spaltungsgapstein entgegen und bekannte sich zur Antispartamer Gewerkschaftsrichtung. Es war gut so, daß die „Opposition“ auch im Verband der Lithographen und Steindruckere einmal Farbe bekannt hat, denn damit hat sie zugleich auch ihre bisher nur dunkle Rolle endgültig ausgespielt.

Der Skandal des Arbeitsamts Südost.

Kommt endlich Abhilfe?

Wie der Amtliche Preussische Pressedienst der Antwort des preussischen Ministers für Volkswohlfahrt auf eine Kleine Anfrage eines Landtagsabgeordneten entnimmt, ist die gegenwärtige Unterbringung des Arbeitsamtes Südost nach Mitteilungen des Reichsarbeitsministers vollkommen unzulänglich. Die Berliner städtische Baupolizei hat wiederholt festgestellt, daß die Räume feuergefährlich, für große Menschenansammlungen und zum dauernden Aufenthalt von Menschen ungeeignet sind. Seitens der Baupolizei wurde die Weiterbenutzung der Räume nur noch für kurze Zeit zugestanden. Die Bemühungen der Reichsanstalt, andere geeignete Räumlichkeiten durch Anmietung zu beschaffen, sind fehlgeschlagen. Die Errichtung eines zweckentsprechenden, anspruchsvollen Neubaus ist daher nach Meinung des Reichsarbeitsministers unumgänglich. Der preussischen Staatsregierung ist ein Eingreifen nicht möglich.

Aus dieser Antwort ergibt sich wohl die Bestätigung, daß das Arbeitsamt Südost eine öffentliche Gefahr bildet. Nicht aber, daß diese Gefahr endlich und schnellstens beseitigt wird. Wartet man darauf, daß die Baupolizei einfach das Arbeitsamt Südost schließt?

Die Krise in der Maßschneiderei.

Die Unternehmer im Angriff.

In der Jahresbranchenversammlung der Herrenmaßschneider am Donnerstag gab der Branchenleiter Genosse Faustmann zunächst einen kurzen Rückblick auf die Entwicklung der Branche im vorigen Jahr. Berührend hat sich die allgemeine Wirtschaftskrise auch für das Maßschneidergewerbe ausgewirkt. Für den Umfang der Krise im Maßschneidergewerbe sind folgende Vergleichszahlen ausschlüssig, die Genosse Faustmann gab: Mitte Februar vorigen Jahres waren in Berlin 3885 Maßschneider arbeitslos, zur gleichen Zeit des Jahres 1929 dagegen 2896. In der Pfingstwoche 1930 waren es 1991 (1929 = 939), in der letzten Augustwoche des Vorjahres 4441 (3218), in der ersten Novemberwoche des Berichtsjahres 3257 (1673) und am Schluß des Berichtsjahres 4750 (2819).

Wenn es trotz der Ungunst der wirtschaftlichen Verhältnisse durch den Streik vom 31. März bis 12. April gelang, alle Verschlechterungsanträge der Unternehmer zum Tarifvertrag abzuwehren und darüber hinaus noch eine Lohnerhöhung von 3 Pf. pro Stunde durchzusetzen, so ist das ein Beweis für die Stärke der Organisation, die auch in Krisenzeiten nicht versiegt. Erfreulich ist es gleichfalls, daß der Mitgliederbestand der Branchen trotz der ungeheuren Arbeitslosigkeit im Laufe des Berichtsjahres nur um 117 zurückgegangen ist.

Die Versammlung brachte ihr Einverständnis mit der Tätigkeit der Branchenleitung dadurch zum Ausdruck, daß sie nach kurzer Diskussion den Genossen Faustmann gegen fünf Stimmen zum Branchenleiter wiedewählte, sowie die übrigen Mit-

glieder der Branchenleitung entsprechend den Vorschlägen der Funktionäre.

Zum Schluß gab der Bevollmächtigte Behmann noch einen eingehenden Bericht über die Verhandlungen mit den Unternehmern, die, im „Vorwärts“ bereits ausführlich mitgeteilt, den Reichstarifvertrag für das Maßschneidergewerbe gekündigt und ganz ungeheuerliche Lohnabbauforderungen gestellt haben. Mit Entrüstung nahm die Versammlung von den übertriebenen Forderungen der Unternehmer Kenntnis, über die nach dem Scheitern der direkten Verhandlungen am 21. Februar in Weimar unter Vorbehalt eines vom Reichsarbeitsminister bestellten Schlichters wieder verhandelt wird.

Ausfall zur Betriebsratswahl bei Borzig

Die unsichtbare „Opposition“.

In gutbesuchter Betriebsversammlung sprach Genosse Ulrich am Mittwoch im Borzig-Kasino vor der Belegschaft der A. Borzig G. m. b. H., Ziegel, über das Thema „Die Wirtschaftskrise und ihre Auswirkung auf die Berliner Metallarbeiter“. Die Ursachen der Weltwirtschaftskrise, der unheilvolle Einfluß der Syndikate und Kartelle auf die Preisbildung, die billigen Exportpreise auf Kosten des Inlandsmarktes, die seit Jahren von den Unternehmern betriebene Senkung der Löhne und Gehälter der Arbeiter und Angestellten wurden an Hand packender Beispiele beleuchtet.

An Hand des Berichtes von der letzten Generalsammlung des sich „Einheitsverband“ nennenden kommunistischen Spaltplugs wurde nachgewiesen, daß dieses Vereinen alles andere, nur keine leistungsfähige Kampforganisation ist. Die Verwaltungskosten in dieser kommunistischen Organisation betragen nach dem eigenen Bericht 35 Prozent; der Deutsche Metallarbeiter-Verband kommt mit 12 Proz. aus. Ein Appell an alle, die den Gewerkschaften noch fernstehen, alles für den Ausbau der freien Gewerkschaften dranzusehen, schloß den mit starkem Beifall aufgenommenen Vortrag.

Eine Diskussion wurde nicht beliebt. In gedrängter Kürze gab Goerz, der Vorsitzende des Arbeiterrats, den Jahresbericht. Der große Arbeitsmangel, der zum Abbau von rund 2000 Kollegen geführt habe, die Kurzarbeit bis herunter zu einem Tag (!) lasten schwer auf der Belegschaft. Die Reorganisation des Werkes hat die verheerenden Besetzungen für die Arbeiterschaft noch nicht gebracht. Mit dem Hinweis auf die kommende Betriebsratswahl wurde die ausgezeichnete Versammlung geschlossen. Von der RGO. war weit und breit nichts zu merken.

Hungerkuren für Musiker.

Die Bäderverwaltungen bereiten die Saison 1931 vor.

In früheren Jahren wurden die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Musiker in den Kurkapellen zwischen dem Allgemeinen Deutschen Bäderverband, dem Verband Deutscher Orchesterleiter, dem Verband Deutscher Orchesterleiter und dem Deutschen Musikerverband tarifvertraglich geregelt. Im vergangenen Jahr jedoch kam der Reichsbadertarifvertrag nur noch durch Schiedsspruch zustande. Inzwischen ist die Arbeitslosigkeit unter den Berufsmusikern enorm gestiegen. Die Kurverwaltungen bzw. Bäderverbände wollen das Ueberangebot ausmühen, um die Musikersöhne abzubauen. Deshalb lehnen sie den Abschluß eines neuen Bädertarifvertrags für 1931 ab.

Aus Äußerungen von Vertretern der Bäderverbände und Angeboten der Kurverwaltungen wird ersichtlich, daß die vorjährigen Lohnsätze der Musiker in den Kurkapellen um 30 bis 33% Proz. abgebaut werden sollen. Die Bäderverbände wollen also einen Lohnabbauverordnen aufstellen. Neben den in den letzten Jahren eingerichteten billigeren Pauschalraten für Kranke, wollen sie erscheinend Hungerkuren für Musiker einrichten. Das Bäderpublikum weiß, wie teuer die Lebensverhältnisse in den Kurorten sind; es wird sich am besten ausrechnen können, ob mit einem monatlichen Einkommen von 200 bis 300 M. ein doppelter Haushalt zu führen ist. Von den Musikern der Kurkapellen sind 65 bis 70 Proz. verheiratet; sie müssen also doppelten Haushalt führen.

Daß die Musiker und ihre Berufsorganisation, der Deutsche Musikerverband, den geplanten Lohnabbau nicht ohne Kampf zulassen werden, ist selbstverständlich. In diesem Kampfe rechnen die Musiker auf die Unterstützung aller, die noch Verständnis dafür haben, daß ein Hungerdasein in einem Kur- und Badeort noch tausendmal bitterer ist als in einem Eisdienstverlet der Großstadt.

Fünftage-Woche im „Haus Neuerburg“.

Bei der Zigarettenfabrik „Haus Neuerburg“ in Trier wird am 1. März die fünf tägige Arbeitswoche eingeführt. Der Betrieb bleibt am Sonnabend vollkommen arbeitsfrei.

Liberia verspricht Besserung.

Genf, 20. Februar. (Eigenbericht)

Liberia hat am Freitag dem Völkerverband die Ratifizierung der vom Internationalen Arbeitsamt im Vorjahre ausgearbeiteten Konvention über die Beseitigung der Zwangsarbeit mitgeteilt. Damit dürfte der Liberia-Kommission ein wesentlicher Teil ihrer Arbeit vorweggenommen sein.

Es fragt sich allerdings, ob die Konvention auch eingehalten werden wird, oder ob die Ratifizierung nur ein Schachzug der Regierung von Liberia ist. Eine genaue Kontrolle über die Durchführung der Konvention wird daher notwendig sein.

Zentralverband der Schuhmacher. Mitgliederversammlung am Montag, dem 20. Februar, 18 Uhr, in den Heilbrunnengasse, Pankow, Berlin. Tagesordnung: Ratifizierung des Reichstarifvertrags. Der Präses-Eitrich und seine Lehren. Mitgliederbeweis legitimiert.

Freie Gewerkschafts-Zugang Berlin

Morgen, Sonntag, 22. Februar, folgende Veranstaltungen: Kreis Ober-Preußen: 20 Uhr Jugendheim Bismarck, Bismarckstr. 1, Berlin, die es weint und lacht. — Ostpreußen: Jugendheim Döbeline, 3. Haus, Lübenstraße u. a. von Hans Hermann. — Westpreußen: 19 Uhr Jugendheim Weiden, Parkstr. 36. Pünktliches Aufstreifen und heitere Lieber aus Pankow. — Nordwestpreußen: 20 Uhr Jugendheim Zwirner, Ecke Straßburger, Gärtenstr. — Eine Fahrt ins Weisse. — Südbremer: Jugendheim Reuthe, Bergstraße 2, Kreisabend: „Unter den Äuflern des Paradies“. — Ostpreußen: 18 Uhr Jugendheim Gewerkschaftsbau, Anhalterstr. 24-25. Gruppe Selbst und Gewerkschaftsbau erhalten den Abend aus. — Zugabergewerkschaften: 18 Uhr Jugendheim Gewerkschaftsbau, Anhalterstr. 24-25. Gruppe Selbst und Gewerkschaftsbau: Bestimmung des Arbeiterklub-Museums. Treffpunkt: 9½ Uhr U-Bahnhalte Ritz.

Verantwortlich für Politik: Dr. Curt Geyer; Wirtschaft: G. Klingelberg; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Revolution: A. S. Weiser; Politik und Sonstiges: A. H. Kahlert; Anzeigen: Th. Glöck; Amtslich in Berlin: Berlin: Formata-Berlin G. m. b. H., Berlin, Druck: Vorwärts-Verlag und Verlagsanstalt Paul Springer u. Co., Berlin SW 68, Eintrachtstr. 3. Blatt 2 Beilagen.

Gescheiterte Aussperrung.

Vereinbarungen im Holzgewerbe.

Im deutschen Holzgewerbe sind sofort nach dem Scheitern der zentralen Verhandlungen in den einzelnen Bezirken von den Parteien Schritte zum Abschluß des schwebenden Tarifkonflikts unternommen worden. Diese bezirkslichen Verhandlungen haben an manchen Stellen überraschend schnell zu einer Verständigung geführt, wobei die Arbeiter ein besseres Ergebnis herausgeholt haben, als sie wahrscheinlich bei den zentralen Verhandlungen erzielt hätten. So kam es in Bayern zu einer Vereinbarung, wodurch der Manteltarif mit einigen unwesentlichen Veränderungen wieder in Kraft gesetzt und ein Lohnabbau von 6 Pf. festgelegt wurde. Im Kölner Bezirk wurde die Geltung des bisherigen Manteltarifvertrages ohne jede Änderung verlängert und ein Lohnabbau von 5 1/2 Proz. festgelegt. In den beiden Fällen ist der Lohnabbau geringer als der, den man im Arbeitsministerium den Unternehmern angeboten hatte!

Für das Hamburger Gebiet beginnen am Sonnabend in Hamburg die Verhandlungen der Parteien, und für Bremen haben die Unternehmer die Gewerkschaften zu Montag geladen.

Die Aussperrung ist überall im Abklingen. Die Zahl der Aussperrten fällt — alles in allem vielleicht noch rund 3000 — nicht mehr ins Gewicht. In vielen Stellen haben die Unternehmer die Aussperrten wieder zu den alten Bedingungen in die Betriebe zurückgeholt oder nur einen verhältnismäßig geringen Lohnabbau vorgenommen.

Dem Deutschen Holzarbeiter-Verband ist es im allgemeinen in den bezirkslichen Verhandlungen gelungen, die von ihm eingeschlagene Linie zu halten. Jedenfalls hat sich gezeigt, daß auch im Holzgewerbe eine Verständigung möglich ist. Sie wird an noch mehr Stellen möglich werden, wenn sich auf Unternehmenseite einige Leute die Hörner etwas abgestoßen haben.

Es muß gespalten werden!

Selbstenttarnung der RGO. bei den Lithographen.

Auch die Lithographen, Steindruckere und verwandten Berufe leiden unter einer nie gekannten Arbeitslosigkeit. Wie der Vorsitzende der Mitgliedschaft Berlin des Verbandes der Lithographen und Steindruckere, Genosse Hoffmann, in der Generalsammlung am Donnerstag berichtete, ist diese Organisation im vorigen Jahr durch die ungeheure Arbeitslosigkeit ihrer Mitglieder vor kaum erfüllbare Aufgaben gestellt worden. Ende 1929 waren im Reichsgebiet bei einer Mitgliedschaft von rund 21 000 fast 2700 Mitglieder arbeitslos, Ende 1930 dagegen bei etwa der gleichen Mitgliedschaft fast 5500, davon allein in Berlin über 1000.

Die Organisation setzte alles daran, um die Arbeitslosen derart zu unterstützen, daß sie durch die Not nicht gezwungen werden, sich zu geringeren als den im Gewerbe üblichen Leistungslöhnen anzubieten. Durch die vorbildliche Opferwilligkeit der in Arbeit stehenden Verbandsmitglieder war es möglich, die Not der erwerbslosen Berufsangehörigen erheblich zu mindern. Die praktische Solidarität zwischen den Arbeitenden und Arbeitslosen hat sich wieder einmal als ein Kampfmittel bewährt, von dem sowohl die Gebenden als die Nehmenden Nutzen hatten. Dieses Solidarität ist es zu danken, daß es den Unternehmern in Steindruck- und Lithographiegewerbe nicht gelungen ist, die Leistungslöhne abzubauen.

Nach dem Lohnabbauentscheidungs im Buchdruckgewerbe sind nunmehr auch die Unternehmer des Lithographie- und Chemiedruckgewerbes an den Verbandsvorstand herangetreten, um über einen ähnlichen Lohnabbau auch in diesem Gewerbe zu verhandeln. Der Verbandsvorstand hat jedoch darauf hingewiesen, daß er von seinen Mitgliedern keine Vollmacht habe, über den Abbau der Leistungslöhne zu verhandeln, die der freien Vereinbarung in den einzelnen Betrieben unterliegen. Die Unternehmer haben sich mit diesem Bescheid, wenn auch mit verhaltener Wut, abfinden müssen.

Der Mitgliederbestand hat sich in Berlin nicht verändert; zu Ende des Berichtsjahres waren 5065 Berufsangehörige organisiert. Der Vorklassenbestand ist, wie der Kassierer Genosse Gagen mitteilte, gleichfalls stabil geblieben; er betrug Ende 1930 rund 25 000 M.

Panflavin
PASTILLEN
(Acridin-derivat)

Zum Schutz
gegen
Halsentzündung
und Erkältung

Räuber in Boxerhänden.

Wie der Weifenseer Bandit gefaßt wurde.

Wie bereits kurz gemeldet, wurde gestern die 20 Jahre alte Buchhalterin Johanna Kapell, die in der Stubbenkammerstraße 3 im Norden Berlins wohnt, in Weifensee auf offener Straße überfallen, niedergeschlagen und schwer verletzt. Die Täter hatten es auf Lohngelder abgesehen, die das junge Mädchen von der Bank geholt hatte. Dank der Geistesgegenwart der Überfallenen erbeuteten sie jedoch nichts.

Fräulein Kapell ist bei der Firma Ade in der Franz-Josef-Straße 5/7 tätig. Die tagsüber eingegangenen Gelder werden von den Kautschern des Abends in der Zentrale abgerechnet und fortgebracht. Zur Auszahlung der Lohngelder, für die 1200 Mark erforderlich sind, mußte Fräulein Kapell am Freitagmittag nach der Darmstädter Bank in der Berliner Allee 246 gehen. Sie erhielt dort 1200 Mark ausgehändigt, die sie in einer Aktentasche verwahrte. Für den Rückweg benutzte sie die Straßenbahn bis zur Rennbahnstraße und bog dann in die Franz-Josef-Straße, die erst zum Teil bebaut ist, ein. Wenige hundert Meter vor dem Ziele wurde das junge Mädchen plötzlich mit einem schweren kantigen Gegenstand von hinten über den Kopf geschlagen und brach blutüberströmt zusammen. Gleichzeitig versuchte man, ihr die Tasche mit dem Gelde zu entreißen. Das Mädchen hielt die Tasche mit dem Gelde krampfhaft fest und rief um Hilfe. Die beiden Täter flüchteten jetzt und wollten mit einer Tare entkommen. Fräulein Kapell raffte sich aber auf und eilte ihnen unter Hilferufen nach. Die Räuber mußten befürchten, daß der Chauffeur sie doch nicht fahren würde und sprangen deshalb auf der anderen Seite wieder zum Bogen hinaus und setzten die Flucht zu Fuß fort, stets verfolgt von der Überfallenen. Die Jagd ging bis zum Weifensee. Die Flüchtigen versuchten hier über eine 1 1/2 Meter hohe Mauer zu entkommen, gerieten aber einer Anzahl Bogen in die Hände, die dort trainierten. Einer der Täter entschlüpfte, der zweite wurde von einem Boger kampfunfähig gemacht. Er wurde nach der Wache des 371. Regiments gebracht und dort eingehend verhört. Der Festgenommene ist ein 30 Jahre alter Harry Wichmann. Wie er angibt, lernte er auf dem Arbeitsnachweis in der Frankfurter Allee einen gewissen „Fred“ kennen, der die Verhältnisse bei der Vorbereitung von Ade genau kannte und dort bereits einen räuberischen Überfall plante. Er brauchte aber noch einen Helfers-Helfer und überredete Wichmann, sich ihm anzuschließen. Wichmann selbst befiel, dem Mädchen ein Leid anzutun

zu haben, und erklärt, daß Fred zugeschlagen habe. Der Verhaftete ist dem Raubbesernat eingekerkert worden, nach seinem entkommenen Kumpan wird noch gesucht. Die überfallene Buchhalterin hat so schwere Verletzungen davongetragen, daß sie nach dem Weifensee Krankenhaus gebracht werden mußte. Das mutige Verhalten des jungen Mädchens, dem so übel mitgespielt wurde, verdient uneingeschränktes Lob.

Schreckschüsse im Reichstag.

22jähriger Kleinrentner wollte Aufmerksamkeit erregen.

In der Wandelhalle des Reichstags kam es gestern, kurz vor 18 Uhr, zu einem aufregenden Zwischenfall. Ein älterer Mann, der sich auf bisher noch ungeklärte Weise Eingang in das Reichstagsgebäude verschafft hatte, feuerte aus einer Pistole plötzlich drei Schüsse ab. Der frühere Innenminister und jetzige Oberbürgermeister von Dresden, Dr. Kälig, der in der Nähe des Schützen stand, sprang sofort hinzu und hielt den Mann solange fest, bis ihn die herbeieilenden Reichstagsdiener in das Büro schführten.

Der Vorfall hatte im Augenblick zwar große Aufregung verursacht, stellte sich dann aber als ziemlich harmlos heraus. Die Waffe war nämlich eine Schreckschusspistole. Die Schüsse sollten lediglich dem Zweck dienen, Mitglieder des Reichstages auf den greiften „Attenäter“ aufmerksam zu machen. Wie von der Kriminalpolizei ermittelt wurde, handelt es sich um einen 22jährigen Rentner Georg Schmitt aus Untermitzhausen bei Würzburg. Schmitt, der sich in seiner Heimat trotz seines hohen Alters in der Kleinrentnerbewegung noch sehr aktiv betätigt haben soll, war vor einigen Tagen nach Berlin gekommen und im Hofpiz „Albrechtshof“ abgestiegen. Es war Schmitt bereits gelungen, mit einem Reichsminister zu sprechen und seine Wünsche vorzutragen. Offenbar um seinem Anliegen besonderen Nachdruck zu verleihen, feuerte der Greis dann die Schüsse in der Wandelhalle ab. Schmitt wurde von der Polizei vorläufig in Gewahrsam genommen. Da angenommen wird, daß er geistig nicht ganz normal ist, dürfte er von dem zuständigen Kreisarzt untersucht werden.

Nach einer anderen Darstellung soll der Greis direkt auf Dr. Kälig angelegt und dreimal geschossen haben. Dr. Kälig ging jedoch tapfer auf den Täter zu und hielt ihn fest. Kälig seiner Festnahme hat Schmitt den Abgeordneten um Entschuldigung

Lawine begräbt ein Haus.

Sieben Hausbewohner die Todesopfer.

Basel, 20. Februar.

An der Rufmanierstraße in Medelsertal in Graubünden ereignete sich ein schweres Lawinenunglück. Eine niedergehende Lawine begrub in Platta den Gasthof „Zur Post“ unter sich, der von dem alten Ehepaar Wenzig sowie den Familien seiner beiden Söhne bewohnt ist. Der Gasthof wurde zum Teil eingedrückt, zum Teil wurde das Haus mit fortgerissen. Aus den Trümmern wurden sieben Leichen geborgen. Eine ganze Familie, Vater Mutter und vier Kinder im Alter von ein bis fünf Jahren wurde getötet, ferner die über 60 Jahre alte Großmutter. Die Leichen der beiden Frauen und der vier Kinder, die aneinandergepreßt im Keller aufgefunden wurden, konnten bis zum Mittag geborgen werden. Die Leiche des jungen Ehepaars Seraphim Wenzig wird noch unter den Trümmern des Gasthofes „Zur Post“ gesucht. Der Großvater Wenzig sowie die anderen vier Familienmitglieder — das Haus war von insgesamt 20 bis 25 Menschen bewohnt — konnten sich, da sie teils im Stall, teils im unteren Stockwerk beschäftigt waren, noch rechtzeitig ins Freie flüchten oder so zeitig geborgen werden, daß sie vor dem Tode des Ersticken bewahrt wurden. Der Gasthof „Zur Post“ stand an einer Stelle, die im Winter stets von Lawinen gefährdet ist. Die jetzt niedergegangene Lawine hat den oberhalb des Hauses befindlichen Lawinenbrecher wie ein Streichholz geknickt.

Der umgestürzte Weihnachtsbaum.

Ein „Sohn Gottes“ vor Gericht.

Vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte mußte sich wegen groben Unfalls in der Kirche der 39jährige Rigard Kaufmann Schulz verantworten. Etwa 25 Minuten vor Beginn des Morgengottesdienstes am 1. Weihnachtstertag erschien im Dom am Altar ein hagerer Mann mit langem Bart und glänzenden Augen, erhob den Zeigefinger seiner rechten Hand und tief in die verformte Gemeinde hinein: Es steht geschrieben, mein Haus soll ein Bethaus sein. Ihr habt es zu einer Würdergrube gemacht. Was hat hier der Tannenbaum mit Gott zu tun? Weg mit ihm aus Gottes Haus. Dann jagte der Mann den Tannenbaum und stürzte ihn um. Er wurde von den Domangestellten festgenommen und an den wachhabenden Polizeibeamten abgeliefert. Das Schnellgericht hielt eine Untersuchung des Geisteszustandes des Mannes für erforderlich; er wurde für normal befunden und konnte also gestern von dem Schöffengericht Berlin-Mitte abgeurteilt werden.

Der Angeklagte ist verheiratet und Vater zweier Kinder im Alter von 10 und 11 Jahren. Er lebte vor dem Kriege in Riga, nahm als preussischer Staatsangehöriger am Weltkrieg teil, kehrte später nach Riga zurück und begann hier im Jahre 1921 ein Ledergeschäft. Ueber die Motive zu seiner Tat befragt, erzählte er folgendes: Nach dem Kriege begann ich über vieles nachzudenken. Ich dachte und fand: die Welt ist voll Lüge, daher der Krieg. Ich schloß mich den Baptisten an und glaubte nun die Wahrheit gefunden zu haben. Aber auch das war ein Irrtum. Anfang 1928 war ich dem Selbstmord nahe. Eines Nachts hatte ich aber ein Erlebnis. Ich fühlte mich als Abgesandter Gottes und ließ nun alles im Stich: Geschäft, Familie und Kinder. Ich war ein schlechter Kaufmann, weil es mir nicht möglich war, zwei Herren zu dienen. In meinem Hause wurde ich angefeindet, man verstand mich nicht, ich wurde wie ein Ausgestoßener behandelt. Im April vorigen Jahres kam ich für einige Tage nach Berlin. Von hier ging ich nach Pommern

Bersteigerungstheater.

Antisemitischer Skandal im Jagdschloß Glienicke.

Bei der gestrigen Bersteigerung des Friedrich Leopoldischen Inventars im Jagdschloß Glienicke kam es zu turbulenten Szenen. Die Stimmung war schon etwas gereizt, da mehrere Auktionsbegehler mitgeteilt hatten, daß an einigen Möbeln, die zur Bersteigerung gelangten, Gerichtsvollzieherliegel klebten. Gegen 5 Uhr erschien ein Mann, der ein Abendblatt anbot, in dem von Berpfandungen im Schloß Glienicke die Rede war. Bößlich erhob sich Herr Joseph und rief: „Raus mit dem Judenblatt, raus mit ihm!“ Die Auktion wurde unterbrochen, es entstand ein Kieferskandal, der Zeitungsoberkäufer wurde derart bedrängt, daß er seine Tasche verlor. Es gelang ihm nur unter Mühe, das Schloß zu verlassen. Jetzt schrien auch mehrere an der Auktion beteiligte Kommissäre: „Raus mit den Rasse-Blättern, raus mit dem 8 Uhr-Abendblatt“, raus mit dem „Vorwärts“. Nur der „Total-Anzeiger“ soll hier bleiben.“ Es ging sogar so weit, daß man einigen Personen, in denen man Zeitungsberichterstatter ver-

mutete, die Ausweise aus der Hand riß, um zu „kontrollieren“, ob sie für die jüdische Presse arbeiten. Einer der Auktionsveranstalter rief: „Wer für Juden arbeitet, findet keinen Eintrag!“ Dabei wäre zu erwähnen, daß Prinz Friedrich Leopold die Bersteigerung seines Glienicke Inventars in die Hände von Juden gelegt hat. Der Hohenzollernprinz scheint sich also aus der Meinung der Leute, die seine Möbel kaufen, nicht viel zu machen.

Nicht Zoo — sondern Restaurationsbetrieb des Zoo!

In der Öffentlichkeit wird die Krise, die der Restaurationsbetrieb des Zoo durchmacht, lebhaft erörtert. Der Nichteingemeindete könnte glauben, daß hierdurch der Zoo selbst irgendwie in Mitleidenschaft gezogen wäre. Das ist nicht der Fall. Der Aktien-Verein des Zoologischen Gartens, der „Zoo“, steht pekuniär auf sehr gesunden Füßen, und zwar nicht zuletzt dank dem regen Interesse, das jung und alt aus der Berliner Bevölkerung ihm stets zugewendet hat und zuwendet. Der Restaurationsbetrieb des Zoo ist eine Nachtung, die sich zur Zeit in Händen des Herrn Hermann Heiler befindet und als eine vom Aktien-Verein des Zoologischen Gartens vollkommen unabhängige und selbständige Gesellschaft anzusehen ist



Es ist natürlich Unsinn, anzunehmen — und so weiter. Er hat sie vielleicht zu fest angebunden oder ja. Das ist alles. Ueber ihm schreit es hell, kahenhaft: der Habicht, in den Fängen ein Huhn; Luise sammert vom Hofe her. Andreas tritt in sinnloser Wut gegen den Pfahl, daß oben das Eisen klirrt, zertritt die Bogelleichen und schreit: „Ich verkaufe den Dred! Den ganzen Dred verkaufe ich!“ Federn fallen, Hühnerfedern. Der Sieger ruft hell, Andreas geht dem Hofe zu, gebückt. Der Wind weht ihm Sand auf den Rücken. Ihm ist, als wäre der ganze Sand, die ganze Wildnis auf seinen Rücken geweht; als müsse er sie tragen. Er geht in die Küche, läßt die Mühe fallen, sinkt auf einen Stuhl und wiederholt, leise diesmal: „Ich verkaufe. Wir müssen verkaufen.“ Und dann, nach einem wehen Blick in Luises schreckhaft aufgerissene Augen: „Denn ich kann nicht mehr.“ So etwas wie ein Pavillon aus Holz und Dachpappe entsteht da unten am See, wo die Arbeiter tätig sind. Dann, als Holz und Dach bunt gestrichen sind und recht schmucl aussehen, wird zu aller Erstaunen ein großes Schild auf zwei Pfähle gestellt: „Seebad Schloßheide. Große und kleine Parzellen direkt am See. Näheres hier.“ Und endlich, lediglich mit einem Coupéoffener und ein paar Decken bewehrt, erscheint Herr Siegfried Schmitzer. Man weiß, daß er die Zweifel, die seine Gläubiger in die Gültigkeit der Verkaufsbescheinigung an Maschke gesetzt hatten, sehr einfach erledigt hat: ihrem Vertreter hat er nahegelegt, sich das Land zu befehen; das ist geschehen, und es ist auf einen zweifelhaften Prozeß angesichts der relativen Geringwertigkeit des Streitobjektes verzichtet worden. Die etwa fünfundfünfzig Morgen hat er dann von Maschke zurückgekauft, wie es heißt; er durfte hinausziehen und das Schild setzen lassen — wozu aber, weiß man nicht. Nur in Korn's weckt es eine vage Hoffnung auf günstigen Verkauf auch ihres Landes; alle anderen lachen und halten das

Unternehmen für verfehlt. Schmitzer lächelt merkwürdig, als Papendiek ihm das sagt, und erwähnt nur, daß er natürlich auch inseriert habe; und man werde ja sehen. Was man sieht, zwei, drei Sonntage lang, sind Berliner mittleren Standes, die schweigend antommen, ubellaunig schon wegen der weiten und umständlichen Bahnfahrt und des langen Fußweges; dann das trostlose Land flüchtig überblicken, das Insekt und seinen Verjoffer verfluchen und unter Zurücklassung vielen Stullenpapiers schnell wieder verschwinden. Auch sie bleiben bald aus; Herr Schmitzer sammelt in einer Anwendung von Pedanterie die Stullenpapiere zusammen, sikt noch immer in seinem Pavillon, als längt die Vögel über den See nach Süden gefegelt sind mit langen Hälten und breiten Flügeln und tiefem Klir, und lächelt weiter. Es ist kein pfiffiges Lächeln, auch kein frohes oder trauriges; es ist ein Lächeln, wie es Orientalen haben, die auf Fragen nach ihrer Zukunft zu antworten pflegen: „Wie Allah will.“ Trostlos ist es gerade Herr Schmitzer, der den Siedlern vom Stubbenland zur großen Begewende, der ihnen zum Schicksal wird. Das geschieht im Spätherbst, als ein Kutschwagen den Birkenweg hinaufkommt und, von allen gesehen, vor Korn's Haus hält. Die beiden schönen Pferde lenkt eine hagere, noch junge Frau bairischer Herkunft mit energischen Bewegungen. Im Wagen, quer über die Sitze gelegt, klirrt ein Pflug. Korn's wollen verkaufen, das weiß man seit langem; dies ist eine Reflektantin, das ist allen klar; was aber soll der Pflug? Es ist eine andere Art von Pflug, als sie selbst haben und kennen; also auch für anderen Boden oder für eine andere Feldfrucht berechnet. Es ist sicher: die Frau will mit diesem Pflug den Boden prüfen; wozu hätte sie ihn sonst mitgebracht? Sie sehen Andreas Korn mit seinem Gast über den Hof gehen. Alle geben sich damit zufrieden, über kurz oder lang ihre Reugier gestillt zu sehen; nur Siegfried Schmitzer nicht. Er ist ein schlechter Kaufmann unter Kaufleuten, gewiß, ist unter Kaufleuten ein Bauer; unter Bauern ist er ein Kaufmann. Er geht zu Maschke. „Bringen Sie Ihr Motorrod in Ordnung, Maschke, so schnell wie möglich. Es gibt was zu verdienen.“ „Niel?“ „Vielleicht. Man kann nicht wissen. Ich gehe zu Korn's raus, bin gleich wieder da. Bis dahin seien Sie fertig.“ Auf Korn's Hof wagt er sich ohne Umschweife ans Ziel. „Kann ich Sie einen Augenblick allein sprechen, Herr Korn?“

Andreas entschuldigt sich müde bei der scharfäugig um sich blickenden Frau und folgt ihr ein Stück. „Herr Korn“, sagt Schmitzer eindringlich, „nehmen Sie einen Rat von mir an. Sie wollen verkaufen, nicht wahr?“ „Es geht Sie ein Dred an, wenn ich verkaufen will. Einmal bin ich durch Sie reingefallen, zum zweitemal.“ „Ich will Ihnen ja nichts verkaufen, in will Ihnen einen Rat geben.“ Schmitzer's Hände klattern vor Andreas wie Tauben vor ihrem Schlag, klammern sich endlich in den Rock-ausschlägen fest. „Herr Korn, ich beschwöre Sie: wenn diese Frau nicht kaufen will — verkaufen Sie, um jeden Preis. Wenn sie kaufen will — verkaufen Sie nicht.“ „Sie sind verflucht. Lassen Sie mich los.“ „Geben Sie Ihr Glück nicht aus der Hand, Herr Korn. Warten Sie wenigstens, bis ich wiederkommen und Ihnen Bescheid gebe.“ „Was für'n Bescheid?“ „Was die Frau mit dem Boden tun will.“ „Was geht das mich an?“ „Was die kann, können Sie auch. Sie will doch mit dem Ding da probepflügen?“ „Ja. Aber aus der Kriege Sie nichts heraus. Die redet nichts.“ „Meine Sorge, Herr Korn. Jögern Sie die Sache zwei Stunden hinaus.“ „Ich bleibe ja doch nicht hier. Ich hab's satt. Aber warten will ich meinetwegen. Und jetzt lassen Sie mich los!“ Während Schmitzer geboriam dem Tor zugeht, liest er mit einem Seitenblick die Aufschrift auf der fremden Kutsche. Maschke! Fahren Sie, so schnell Sie können, nach Banzenitz bei Beelitz. Erkundigen Sie sich, was der Besitzer Mellenthien dort hauptsächlich anbaut, und konunen Sie sofort zurück. Sofort, und hin und her, so schnell es geht!“ Maschke hat begriffen, Maschke ist klug und fährt wie der Teufel, wenn's sein muß. Die Frau pflügt inzwischen mit ihren Pferden und ihrem Pflug eine tiefe Furche in Korn's Aker. In der Stube, wo Andreas mit der Fremden verhandelt, sitzt Luise am Fenster und sieht krampfhaft hinaus; sie kann trotzdem nicht verbergen, daß sie geweint hat. Warum macht ihr Mann nur so viele Winkelzüge? Er soll froh sein, daß jemand da ist, der kaufen will. Er soll einschlagen — dann ist alles auf einmal vorbei. Aber Andreas streitet erregt um den Einzelwert nebensächlichen Inventars. (Fortsetzung folgt.)

Spaniens Wirtschaft.

Ein schlimmes Erbe der wankenden Monarchie für die zukünftige Republik.

Spanien ist ein Agrarland, in dem mehr als die Hälfte seiner 22,5 Millionen Einwohner in der Landwirtschaft tätig ist. Ein Drittel der Ausfuhr besteht aus Getreide, und die Viehwirtschaft liefert etwa 25 Proz. des Exports. Dazu kommen Oliven, Wein, Kartoffeln, Zwiebeln und Süßrüben aller Art, wie Orangen, Zitronen, Mandeln, Granatäpfel, Feigen, Trauben und Kastanien. Spanien liefert 50 Proz. der Weltproduktion an Oliven, und von seiner Orangenernte gehen mehr als neun Zehntel ins Ausland. Aber es ist eine sehr rückständige Landwirtschaft, die das alles hervorbringt. Die Betriebslehre ist wenig fortgeschritten, die Bewässerungsanlagen unzureichend und der Fekterertrag des Bodens dementsprechend niedrig. 1927 betrug er im Durchschnitt etwa 9 Doppelzentner gegen 14—19 Doppelzentner in Deutschland. Eine der Hauptursachen dieser Zustände ist die Verteilung des Bodens. Die Regel ist Kleinparzellen bei Großgrundbesitz: ausgedehnte Latifundien, die nachlässig bewirtschaftet werden, in Andalusien und Castilien, Zwergebetriebe im Nordwesten — beides ist gleich unrationell. In den Provinzen mit Grundbesitzern wurden 6,66 Millionen Betriebe mit 18 Millionen Hektar Fläche gezählt. Davon sind 5 Millionen Betriebe „unter 1 Hektar“ mit einer Gesamtfläche von insgesamt bloß 2,1 Millionen Hektar. Daneben 200 Betriebe in der Klasse über 3000 Hektar.

Die Lage der Arbeiter.

Industrie gibt es vornehmlich in der Gegend von Barcelona und im Nordwesten des Landes. Sie beschäftigt ungefähr ein Viertel der Erwerbstätigen des Landes und gründet sich in erster Linie auf metallische Bodenschätze: Eisen, Kupfer, Blei und Quecksilber. Daneben beschäftigt die Textilindustrie etwa 25 Proz. der Arbeiter, auch die Bauindustrie hat einen größeren Umfang. Der Reallohn der Arbeiter ist außerordentlich niedrig. Er beträgt nach der Statistik des Internationalen Arbeitsamts 40 im Vergleich zu 100 in Großbritannien und 73 in Deutschland. Der Geldlohn beträgt im Durchschnitt etwa an die 50 Peseten (etwa 22 M.) die Woche, doch sind die Lebenshaltungskosten etwas niedriger als in Deutschland.

Wirtschaftlich katastrophal ist der Standard der Landarbeiter. In Andalusien bewegen sich die Tageslöhne zwischen

3 Peseten für Frauen bis höchstens 6 Peseten für Männer. Der schnelle Verfall der Währung — die Peseta hat über ein Drittel ihres Wertes eingebüßt — hat die Inlandspreise ständig erhöht, aber die Löhne sind nicht in demselben Maß gestiegen, so daß zuweilen die Regierung selbst gegen die Lohnforderungen der Arbeiter aufgetreten. Im abgelaufenen Jahr ist die Zahl der Streiks auf 527 gestiegen gegen nur 100 im Jahre 1929.

Scheinkonjunktur durch Währungsverfall.

Da in der Inflation die Inlandspreise nie so rasch steigen wie der Wechselkurs sinkt, wirkt der Währungsverfall wie eine Exportprämie, und die Handelsbilanz verbessert sich, d. h. während der Export steigt, fällt die Einfuhr. Das war der vorläufige Ausweg aus dem Geßtrüpp von Schulden, Einfuhrverboten, Subventionen und der Devisenzwangswirtschaft, die die Diktatur errichtet und die Regierung Berenguer im wesentlichen fortgeführt hat. Das im November 1926 eingesetzte „Comité Regulator“ hatte eine sehr weitgehende Oberaufsicht über die gesamte Industrie und zum Teil Einfluß auch auf ihre Dispositionen. Mit dieser bürokratischen Verwaltung wurden umfangreiche öffentliche Aufträge für die Privatindustrie verbunden. Die Ausgaben dieses Apparates erreichten sehr bald ein Maß, das mittelbar zur Inflation und Geldentwertung führte. Die Staatsschuld erreichte einen Umfang von 24 Proz. der ordentlichen Ausgaben, das Militärbudget wurde mit der staatlichen Summe von 500 Millionen Peseten dotiert.

Zu alledem kamen dann die bösen wirtschaftlichen Folgen der politischen Verhältnisse: Die gefährdete Monarchie verlor das Vertrauen der Finanzmächte, und das Kapital floh ins Ausland. Jedes Zeichen der politischen Unruhe — zuletzt der Aufstand von Jaca — brachten ein neuerliches Absinken der Währung.

Aber auch diese durch die Inflation hervorgerufene Scheinkonjunktur der Industrie hat in der letzten Zeit bedenklich nachgelassen, die öffentlichen Aufträge wurden stark eingeschränkt, und auch der ausländische Absatz sinkt. Die Lage der Landwirtschaft ist womöglich noch schlechter als in anderen Ländern.

So würde die halbfeudalistische spanische Monarchie ihren republikanischen Nachfolgern ein arg zerrüttetes Erbe überlassen, das in Ordnung zu bringen große Mühe erfordern wird.

Aus der Kallindustrie.

Rückläufiger Absatz — Dividenden — Finanzgeschäfte.

Nach Mitteilungen des Deutschen Kall Syndikats ist der Verkauf der Kallwerke im Jahre 1930 etwa 3 bis 4 Proz. niedriger als im Jahre 1929 gewesen; er belief sich auf 13,57 Millionen Doppelzentner Kall gegenüber 14,01 Mill. Doppelzentner im Vorjahr. Allerdings sind in diesen Ziffern die auf den Exportländern des Syndikats befindlichen Mengen, die gestiegen sein dürften, mit enthalten. In den ersten Monaten des Jahres 1931 dagegen ist der Absatz stark zurückgegangen. Im Januar 1931 wurden nur 1,16 Mill. Doppelzentner gegen 1,86 Mill. Doppelzentner Kall im Januar 1930 abgesetzt; für Februar wird der Rückgang gegenüber dem Februar des Vorjahres auf mindestens 500 000 Doppelzentner geschätzt.

Die Lage der Kallindustrie wird auf Grund dieser Absatzziffern von den großen Kallkonzernen sehr verschieden beurteilt. Bei der Entscheidung über die Dividende für das Jahr 1930 (das bei dem geringen Absatzrückgang zweifellos hohe Gewinne brachte) hat nun die Verwaltung des Wintershall-Konzerns auf den starken Ausfall des neuen Jahres hingewiesen und die Dividende stark herabgesetzt, von 12 bis 8 Proz. Der Salzburger Konzern will anscheinend die weitere Entwicklung abwarten; die Bilanzfiguren finden erst im März statt.

Sehr viel optimistischer ist der Burbach-Konzern. Die Burbach-Kallwerke A.-G. wird wieder 12 Proz. Dividende verteilen. In den Bilanzfiguren kommen die Finanzgeschäfte vom November vorigen Jahres, durch die der Konzern-Aufbau etwas durchschlägt, wenn auch nicht durchschlagig gestaltet wurde, zum Ausdruck. Die Schuldner erscheinen nur noch mit 26 Mill. M. gegenüber 141,27 Mill. M. im Vorjahr, nachdem die Schulden der Gewerkschaft Burbach (106 Mill. M.) gegen Uebergabe des halben Aktienkapitals der Burbach Kall-Werke A.-G. (62,5 Mill. M.) aufgerechnet worden sind. Das Aktienkapital ist zugleich von 120 Mill. auf 70 Mill. M. herabgesetzt worden. Die Verschuldung der Konzern-Gesellschaften ist aber noch nicht beseitigt — die Tochtergesellschaft der Burbach-Kall-Werke, die Hauptverwaltung des Burbach-Konzerns G.m.b.H. besitzt nämlich noch 9,25 Mill. M. oder 13 Proz. des Kall-Werke-Kapitals. Die Kall-Werke A.-G. besitzt nunmehr 4700 der 5000 Rufe der Gewerkschaft Burbach; bis auf 300 sind alle Rufe von ihren Besitzern gegen Kall-Werke-Aktien eingetauscht worden. Das Beteiligungskonto der Kall-Werke ist damit von 11,9 auf 51 Mill. M. erhöht. Das Anlagekonto zeigt nur geringen (ausgewiesenen!) Zuwachs, von 73 auf 75,1 Mill. M.

Für die Finanz- und Rechtspolitik der Kall-Kongerne von Bedeutung kann eine erst jetzt bekanntwerdende Beteiligung des Wintershall-Konzerns werden. Wir haben schon gestern auf die Finanzgeschäfte innerhalb des Konzerns des Bankhauses Cphraim Meyer u. Sohn, Hannover, hingewiesen. Vom Kapital der Holdinggesellschaft des Bankhauses Meyer, der Hannoverischen Industrie A.-G., in Höhe von 8 Mill. M. besitzt, angeblich schon seit längerer Zeit, der Wintershall-Konzern 25 Proz. Daß damit das Kall-Kapital in die Elektroindustrie — die Hannoverische Industrie A.-G. ist beteiligt an den Lüdenscheidter Metallunternehmen und an Voigt u. Höfner, Frankfurt am Main — eindringen will, ist wenig wahrscheinlich. Aber die Hannoverische Holdinggesellschaft besitzt auch verschiedene Kallpapiere, darunter Rufe der Gewerkschaft Burbach, und der Herr des Hauses Meyer, Gumpel, sitzt im Aufsichtsrat der Burbach-Kall-Werke A.-G. Es ist also anzunehmen, daß der Wintershall-Konzern auf diesem Wege Einfluß auf den großen Rivalen, den Burbach-Konzern, zu gewinnen sucht.

Wachsende Verluste der Ruhrgas A.-G.

Der Ruhrgas A.-G., die im Jahre 1926 mit vollen Segeln und Hoffnungen auf das Ziel einer zentralen Ferngasversorgung Deutschlands von den Ruhrzwecken aus losgegangenen ist, geht es gar nicht gut. Die Gesamtgasabgabe hat sich 1930 zwar auf 707 Millionen Kubilmeter erhöht, davon kommen aber nur 130 Millionen auf die Belieferung von Gemeinden und kommunalen Gesamtstellen, dagegen 570 Millionen auf die Industriebelieferung, die der Ruhrgas A.-G. sowieso sicher war. Noch bitterer als um die Erfolge in der Gaswirtschaft sieht es in den Finanzen aus. Es wird gemeldet, daß das Jahr 1930 voraussichtlich mit einer nicht unerheblichen Erhöhung des vorjährigen Verlustes von 3,58 Millionen abschließen wird, und daß die Ruhrgas A.-G. erst in einigen Jahren in der Lage sein wird, rentabel zu arbeiten und effektive Gewinne zu erzielen. Die wilden Konkurrenzangebote zur Unterminierung der öffentlichen Gasversorgung sind der Ruhrgas A.-G. also sehr schlecht bekommen. Auf den Kommentar zu den erhöhten Verlusten darf man gespannt sein.

Sinkende Fleischpreise / steigende Preispannen

Aus der letzten Veröffentlichung der Reichsforschungstelle für landwirtschaftliches Marktwesen zeigt sich von neuem, daß bei sinkenden Fleischpreisen es den Fleischern keineswegs einfallt, auch entsprechend die Spanne herabzusetzen. In der Woche vom 8. zum 15. Februar ist der durchschnittliche Fleischpreis im Preis von 106,4 auf 95,1 Pfennig gesunken. Die Handelspanne zwischen Groß- und Kleinhandelspreis dagegen hat sich von 22,5 auf 24,4 Pfennig erhöht. Den Konsumenten kommt also die Verbilligung im Großhandel nicht voll zugute.

Gegenüber dem Monat Oktober ist der durchschnittliche Pfundpreis von 106,4 auf 95,1 Pfennig gesunken. Die Handelspanne zwischen Groß- und Kleinhandelspreis ist einige Monate lang von 24,5 auf 22,5 Pfennig heruntergegangen, hat sich aber zum 15. Februar wieder auf 24,4, also über den Oktoberstand hinaus, gesteigert.

Von der berühmten Fleischverbilligung um 5 Pfennig, die eine Verbilligung der Fleischspanne, also ein Opfer der Fleischverbilligung ist, nur noch eine Folge der den Landwirten zugemuteten Opfer.

Das Ende der Behn. Stöwer A.-G. Steffen. Die wehrlichen Sanierungsversuche haben die alte Behn. Stöwer nicht zu retten vermocht. Es ist ein Opfer der Ueberlegenheit der Maschinen- und Fahrradindustrie geworden, die nur durch die Stilllegung einiger Werke zu beseitigen ist. Dazu kam noch die Verschärfung der Krise ein starker Absatzrückgang, so daß im Jahre 1930 ein neuer Verlust von 1,85 Millionen Mark entstanden ist. Da sich der Gesamterlös somit auf 2,36 Millionen Mark erhöht hat (Aktienkapital 1,67 Millionen Mark), beschloß die außerordentliche Generalversammlung die Auflösung der Gesellschaft.

Die Preise der Konsumvereine.

Ein Ernährungsindex des Zentralverbandes.

Der Zentralverband deutscher Konsumvereine hat inzwischen aus den Preisdebatten der verflochtenen Monate die Lehre gezogen und ist daran gegangen, einen Ernährungsindex aufzustellen, der für den konjunkturoffensichtlichen Warenverkehr in erster Linie in Frage kommt. Danach soll der konjunkturoffensichtliche Preisstand für jeden Monat ermittelt werden. Die Erhebung wird bis auf das Jahr 1926 zurückgreifen. Bis auf weiteres muß allerdings die Feststellung des konjunkturoffensichtlichen Index nach den nicht mehr zeitgemäßen Erhebungsgrundlagen erfolgen, die für den Ernährungsindex des Reichsdurchschnitts gelten. Im übrigen wird der Index der Genossenschaft auf den „konjunkturoffensichtlichen Einkaufskorb“ zugeschnitten.

Das Netz der berichtenden Konjunkturoffensichtlichen ist entsprechend dem Aufbau der für die Aufstellung des amtlichen Ernährungsindex vorgesehenen Berichterstattung gleichmäßig über die städtische Bevölkerung des Deutschen Reiches verteilt. Sowohl die Großstädte als auch die Mittelstädte und Kleinstädte sind in einem dem amtlichen Aufbau gleichzustellenden Verhältnis an der Berichterstattung beteiligt. Die Feststellung des konjunkturoffensichtlichen Ernährungsindex wird zunächst für die Bezirke der Berichtsstellen der durchschnittliche Preisstand der wichtigsten Bedarfsgüter, die bei der Berechnung des amtlichen Ernährungsindex als Grundlage dienen (Brot, Mühlenzerweine, Hülsenfrüchte, Kartoffeln, Fleischwaren, Fette, Käse, Eier, Milch, Zucker, Kaffee, Kakao, Salz, Herings usw.) ermittelt. Die Berechnung der Bedarfsgüterpreise im Reichsdurchschnitt erfolgt auf Grund der von allen Berichtsstellen gemeldeten Preisermittlungsergebnisse. Unter Benützung der Reichsdurchschnittspreise wird der Wert des „Einkaufskorbes“, dessen Inhalt dem normalen Vierwöchigenbedarf einer Arbeiterfamilie (zwei Erwachsene und drei Kinder im Alter von 14, 7 und 1½ Jahren), entsprechen soll, errechnet. Der Wert des „Einkaufskorbes“ bildet dann die Grundzahl zur Feststellung des Ernährungsindex.

Die vom Zentralverband deutscher Konsumvereine vorgenommene Erhebung und Berechnung für die Jahre 1926 bis 1930 und für den Monat Januar 1931 sind bereits abgeschlossen. Das Ergebnis ist aus der folgenden Gegenüberstellung des amtlichen und des konjunkturoffensichtlichen Ernährungsindex zu ersehen:

	Ernährungsindex	
	amtlicher (1913 = 100)	konjunkturoffensichtlicher (1926 = 100)
im Durchschnitt des Jahres 1926	144,4	99,1
im Durchschnitt des Jahres 1927	151,9	101,5
im Durchschnitt des Jahres 1928	152,3	102,2
im Durchschnitt des Jahres 1929	134,5	102,0
im Durchschnitt des Jahres 1930	142,9	95,4
im Durchschnitt des Monats Januar 1931	133,5	90,5

Vom Jahre 1926 bis zum Jahre 1931 ist der vom Statistischen Reichsamt errechnete Ernährungsindex von 144,4 auf 133,5, also um 10,9 Punkte oder 7,5 Proz. gesunken. Im gleichen Zeitraum ging der konjunkturoffensichtliche Ernährungsindex um 8,6 Punkte oder um 8,7 Proz. zurück. Die Konjunkturoffensichtlichen des Zentralverbandes haben also in den letzten fünf Jahren ihre Preise für die wichtigsten Massenbedarfsgüter in einem größeren Umfange gesenkt als der an den amtlichen Preisänderungen beteiligte private Lebensmittelhandel.

Die vorteilhafteste Preisbildung der Konjunkturoffensichtlichen des

Zentralverbandes — die von den sachlich urteilenden Wirtschaftskreisen stets anerkannt worden ist — gewinnt durch die vorstehende Feststellung eine verstärkte Beweiskraft. Die Gegenüberstellung läßt jedoch noch eine weitere sehr wichtige Tatsache erkennen. Während der konjunkturoffensichtliche Index in den drei Jahren von 1926 bis 1928 nur um 3,1 Punkte oder reichlich 3 Proz. stieg, erhöhte sich der amtliche Ernährungsindex in diesen drei Jahren um 7,9 Punkte oder um 5,5 Proz. Und obwohl im Jahre 1929 der konjunkturoffensichtliche Index trotz der geringen Steigerung in den Vorjahren um 0,2 Punkte zurückging, stieg der amtliche Index in dem gleichen Jahre um weitere 2,2 Punkte oder um 1,4 Proz.

Die Vergleichung zwischen der Entwicklung des amtlichen und des konjunkturoffensichtlichen Ernährungsindex wird erleichtert, wenn der amtliche Index (dessen Grundzahl mit 100 für das Jahr 1913 errechnet wurde) und der konjunkturoffensichtliche Index (dessen Grundzahl mit 100 für das Jahr 1926 gilt) unter Zugrundelegung eines einheitlichen Nenners (1926 = 100) umgerechnet werden. Diese Umrechnung ergibt das nachstehende Bild:

	Ernährungsindex	
	amtlicher	konjunkturoffensichtlicher
im Durchschnitt des Jahres 1926	100,0	100,0
im Durchschnitt des Jahres 1927	105,2	102,4
im Durchschnitt des Jahres 1928	105,2	103,1
im Durchschnitt des Jahres 1929	107,0	102,9
im Durchschnitt des Jahres 1930	99,0	96,3
im Durchschnitt des Monats Januar 1931	92,5	91,3

Diese Gegenüberstellung beweist sehr deutlich, wie unangebracht das Beharren der Konjunkturoffensichtlichen gegenüber über das angelegliche Zurückbleiben der konjunkturoffensichtlichen Preisentwicklung war. Eine Durchrechnung ergibt, daß die Lebensmittelpreise im Einzelhandel im Durchschnitt der Jahre 1927, 1928 und 1929 um 3 Proz. höher gelegen haben als die Preise der dem Zentralverband deutscher Konsumvereine angeschlossenen Konjunkturoffensichtlichen. Daran ändern auch Rabattgewährungen nichts, denn die Konsumvereine zahlen ja noch eine garantierte Rückvergütung von 4 Proz.

Die Konsumvereine im Januar.

Nach dem Januarbericht des Zentralverbandes Deutscher Konsumvereine ergab sich pro Kopf und Woche der Mitglieder gegenüber Dezember (Weihnachtsmonat) der erwartete Rückgang von 9,43 M. auf 7,28 M. Gegenüber dem Januar vorigen Jahres ist ein Rückgang um 92 Pf. zu verzeichnen; der wöchentliche Pro-Kopf-Umsatz von 7,28 M. im diesjährigen Januar ist der niedrigste Januarumsatz seit 1928. Der Tiefpunkt in der durch die Krise rückgängigen Umsatzentwicklung der Konsumvereine scheint erreicht zu sein. Im Vergleich zum Vorjahr war der Umsatz im Juli 1930 um 3 Proz., im August um 8 Proz., im September um 9 Proz., im Oktober und November um je 13 Proz. und im Dezember um 13,5 Proz. zurückgegangen. Der Umsatzrückgang im Januar betrug nur noch 12,9 Proz., so daß sich die Umsatzverminderung nicht mehr fortgesetzt hat. Der Zentralverband stellt nun Recht fest, daß der Rückgang des Umsatzes zu einem nicht geringen Umfange auf die Senkung der Preise in den Konsumvereinen zurückzuführen ist; dazu kommen natürlich die kaufkraftdrohenden Auswirkungen der Arbeitslosigkeit und des Lohnabbaues bei den Mitgliedern.

Gäste aus dem Weltenraum?

Von Willy Ley

Es ist bekannt, daß man erst seit wenig mehr als hundert Jahren wissenschaftlich an die Existenz von Meteoriten glaubt; vor dieser Zeit galten alle noch so glaubwürdig protokollierten und von ernst und wahrheitsliebenden Männern beidseitigen Berichte über „vom Himmel gefallene Steine“ als eitel Lug und Trug und Selbsttäuschung. Chladni hieß der Mann, der dann die Wahrheit der Steinfälle nachwies und er hatte noch das Glück, daß gleich nach Erscheinen seines Buches in Frankreich ein gewaltiger Steinhogel niederging, der seine Ansichten bestätigte.

Inzwischen hat man also gewaltig umgelernt, — die Meteoritenkammungen unserer großen Museen sind vollkräftige Beweise dafür. Der Laie, der vor einer solchen Sammlung steht, hat aber für gewöhnlich seinen tieferheimlichen Herzenswunsch nur halb erfüllt. Daß im Weltraum Steinbrocken aller Größen herumfliegen, von kosmischen Staub bis zu ganzen Weltkörpern, nun, das weiß man ja. Die Frage, die der Laie zu stellen pflegt (auch der Fachmann, aber bei dem ist das aus einer Art wissenschaftlicher Scham heraus noch mehr überwuchert von allen möglichen anderen Gedanken), geht auf etwas anderes, auf die „Brüder im Weltenraum“, beschreibender ausgedrückt: auf das Leben im Weltall. Wenn doch, so lautet die aus diesem Wunsch geborene Frage, doch einmal etwas anderes vom Himmel fallen würde als nur solche Meteorsteine. Ob denn die Wissenschaft so gar nichts vom fernem Leben im All wisse.

Die Wissenschaft ist solcher Frage gegenüber in Verlegenheit. Sie unterscheidet Stein-, Eisen- und Glasmeteoriten, weiter kann sie an greifbaren Dingen nichts erzählen. Sie weiß auch noch, daß aller Voraussicht nach irdische Lebewesen, wenn man sie auf den Mars oder zur Venus bringt, dort wohl weiterleben würden, daß das auf den äußeren Planeten oder auf dem luftlosen Rande unserer Erde und auf dem ebenfalls luftlosen „Sonnemond“ Merkur nicht der Fall sein würde. Sie kann ferner, und in teilweisem Widerspruch zu dieser Darlegung berichten, daß man mit dem Spektroskop in den Atmosphären der beiden äußersten Planeten Uranus und Neptun (vom Pluto weiß man außer seiner Existenz ja nichts) das geheimnisvolle Blattgrün oder Chlorophyll entdeckt haben will. Das ist aber unsicher, ebenso wie die berühmten und eine Zeitlang vielbesprochenen Marskanäle, von denen man jetzt annimmt, daß sie überhaupt nur auf optischer Täuschung beruhen. Das größte Paradoxon in dieser Hinsicht ist noch die von dem großen amerikanischen Astronomen Pickering beglaubigte Tatsache, daß auf dem Rande an manchen Stellen sich die Gesteinsfarbe regelmäßig mit den Mondtagen ändert (das könnte Pflanzenwuchs sein) und daß im Mondtrater Eratosthenes wandernde graue Flecke existieren, für die die einzige Erklärung, die wir uns denken können, wandernde Insektenheere nach Art der irdischen Heuschreckenschwärme sind.

Gerade für den Mond hätte man das, wenn es stimmt, am allerwenigsten geglaubt, denn man kennt ihn zu genau, um ihm in dieser Hinsicht zu viel zuzutrauen. Man darf zwar nicht vergessen, daß das Leben als solches sehr viel aushält. Arrhenius, der verstorbenen geniale schwedische Physiker, hat nachgewiesen, daß Bazillensporen die Weltraumfälle überstehen können, er baute auf dieser Basis seine berühmte Theorie der Panpermie (Allbesamtheit) auf, nach welcher solche kältefesten Bazillensporen in den Luftschläuchen belebter Planeten emporgewirbelt werden, dort vom Lichtdruck der Sonne erfasst und durch den Raum zu anderen Weltkörpern getrieben werden können.

Auf dieser Theorie wurde von einem deutschen Dichter, von Rudolph Bahig, ein Roman aufgebaut, „Sternenlauf, die Pflanze vom Reputationsmond“, in welchem durch solch Zusammenwirken des Lichtdrucks der Sonne mit anderen Kräften die Sporen einer Pflanze des Reputationsmondes zur Erde gebracht werden. Und jetzt kommt ein Forscher, Dr. Desiderius Papp in Wien, mit einem Buche „Was lebt auf den Sternen“ und spricht offen seine Meinung aus, daß nämlich das Thema dieses Romans schon Wirklichkeit geworden sei.

Mit anderen Worten: daß es auf der Erde buchstäblich Lebewesen von anderen Planeten gäbe.

Natürlich sind es die Bazillen, und zwar Bazillen, die sofort ausfallen. Nicht sehr durch ihr Leberes, das ist so, wie man es auch bei unseren einheimischen Bazillen hat, kleine Stäbchen und eiförmige Körperchen, kleine Karrenzylinderspiralen und sonstige Formen, jedes Buch über Mikroskopie zeigt solche Bilder. Was diese Bakterien auffällig macht, das ist ihre Konstitution, ihre Anpassung an Lebensverhältnisse, die auf der Erde nur ganz selten vorkommen. Man kann sich ja ungefähr vorstellen, an welche Bedingungen sich irdische Wesen anpassen können. Sie können an ein Freileben gewöhnt sein wie die Seevögel, an unterirdisches Vegetieren wie Regenwürmer und Maulwürfe, an heiße Sonne und Wüste wie der Wüstenfuchs, an Polarnacht und Eis und Schnee wie der Polarfuchs. Das sind alles hübsche, aber doch nur übliche Leistungen im Kampf ums Dasein. Es ist nur eine Steigerung, wenn man von mikroskopischen Wesen hört, die unterirdisch in Steinkohlensäuren leben.

Es ist aber etwas ganz anderes, wenn man plötzlich von Bazillen erfährt, denen der Sauerstoff der Luft, das Lebenselement aller irdischen Wesen, ein tödliches Gift ist. Es sind sogar mehrere Sorten (auch Krankheitserreger darunter), die sonst unglaublich lebensfähig sind, trifft sie ein Hauch Luft, dann ist es nach kürzester Frist mit ihnen aus. Das kann keine irdische Anpassung sein, denn sie hat keinen Grund. Man kann sich denken, daß ein Wüstenler

sich an ein wasserloses Leben gewöhnen kann, es wäre aber ein Un-Sinn, den man der Natur nicht zutrauen kann, wenn ein solches Wüstenler die Anpassung an Wasserlosigkeit jemals triebe, daß es eingeht, wenn es von einem Regen auch nur bespritzt wird. Dieses Tier würde den Regen vielleicht nicht lieben, aber das ist doch ein kleiner Unterschied gegen den Tod.

Diese sauerstofffeindlichen Bakterien lieben ihrerseits die Kohlen-säure, weil es auch solche auf der Erde gibt, vorzüglich sie hier überhaupt nur zu dauern, ihre Heimat ist eben umgekehrt organischer als die Erde, — wenn wir diese fremde Welt kennen würden, dann würden wir sie für tot halten. Andere Bakterien gibt es, die noch viel kräftigere Gifte lieben, der Methanobazillus schwärmt für Sumpfgas, der Thiobazillus für Schwefel, der Cyanobazillus sogar für Blausäure.

Für die irdischen Lebewesen nahm man bisher als Bedingung ihres Gedeihens vier Grundnotwendigkeiten an: Luft, Wasser, Wärme und Licht. Alle diese Bakterien zeigen, daß sie das meiste oder alles davon entbehren können. Einiges davon könnte man zur Not als Anpassung an einen extremen Sonderfall ansehen, — so, wie die Algen, die in 80 Grad heißen vulkanischen Quellen leben, — alles zusammen führt aber über das irdische hinaus, die Summe dieser Extreme ergibt die Norm für eine fremde Welt, in der der Mensch nur mit Hilfe seiner Technik vorübergehend leben und forschen dürfte. —

Nach allem ist die Idee, daß wir hier auf unserer Erde Gäste aus dem Weltenraum haben, wahrscheinlich geworden. Man wird diese Bakterien nun ja mit ganz anderen Augen ansehen. Was bisher mehr als Kuriosum berichtet worden ist, wird eine wichtige Forschungsfrage werden. Und wer weiß, wenn man erst ernstlich danach sucht, wieviel sich dann noch finden wird, wovon man keine Ahnung hatte.

Bedeutung und Verbreitung des Jiddischen

Das Jiddische, in der Literatur schon lange in Blüte, ist auch als Theater-sprache in den letzten Jahren immer mehr in Uebung gekommen, wie gelegentliche Gastspielreisen ostjüdischer Truppen beweisen. Auf der Bühne erinnert das zu Unrecht gering-schätzige Idiom an die Chiffer Dialektstücke der Siosopf und Balfian. In der Tat ist das Jiddische in der Grundtöne eine oberdeutsche Mundart, der alemannischen, schweizerisch-elsässischen Färbung vermischt, aber stark mit slawischen und hebräischen Broden durchsetzt. Als im Mittelalter am Oberrhein die Judenverfolgungen einsetzten (abrigens nicht nur in Deutschland, sondern in ähnlicher Weise auch in Frankreich, Spanien und England), folgte die der Brunnengiftung und Hostien-schändung bezügliche jüdische Bevölkerung des Rheingebiets in Scharen der Einladung slawischer, namentlich polnischer Fürsten und nahm in die neuen östlichen Siedlungsgebiete die herkömmliche deutsche Sprache mit.

Das oberrheinische und rheinfränkische Land ist somit die eigentliche Heimat des Jiddischen, das in der östlichen Abgeschlossenheit von den Wandlungen zum Neuhochdeutschen seit Luther weniger erfasst wurde und in mittelhochdeutschen Formen verharrte. Eine Sonderausstellung gelegentlich der Jahrtausendfeier der Rheinlande in Köln gab vor drei Jahren Kunde von der Wanderungs- und Sprachgeschichte der rheinländischen Juden, die in Köln bereits für das Jahr 331, also schon zur römischen Zeit, nachgewiesen sind, und die später auch nach zeitweiliger Vertreibung immer wieder zu-gelassen und zurückgerufen wurden, da man sie unter der Herrschaft des kanonischen Rechts für das Wirtschaftsleben nicht entbehren konnte.

Erstaunlich ist die Fähigkeit und Treue, mit der das in elender Wirtschaftslage negetierende Ostjudentum seine überbesetzte hebräische Mundart, die übrigens geschrieben und gedeutet sich meist in hebrä-ischen Lettern kundgibt, festgehalten hat. Selbstverständlich hat der Dialekt auch den Kontakt mit der neuen deutschen Literatur ver-mittelt, wie wir u. a. aus den Erinnerungen Rosa Luxemburgs wissen, in deren Vaterhause Goethe, Schiller, Lessing und andere Klassiker nicht fehlten.

Die ostjüdische Massenwanderung nach Amerika hat dem Jiddi-schen auch in der neuen Welt eine Heimstätte bereitet. Wertwändig, auch unter dem nivellierenden Einfluß der englischen Volk-sprache hält sich das Jiddische überraschend gut, namentlich in New York, wo gegen zwei Millionen Ostjuden wohnen und wo heute der Dialekt eine große periodische Presse, eigene Theater und dergleichen hat entstehen lassen. Unnötig zu sagen, daß die Verwandtschaft des Jiddischen mit dem Deutschen diesen und der alten Heimat manche Vorteile bringt. Diese offenbaren sich wirtschaftlich und wissen-schaftlich durch Erleichterung des deutschen Exporthandels, durch Ver-breitung des wissenschaftlichen und schlagfertigen deutschen Buches, nicht zuletzt auch durch die Ausstrahlung der sozialpolitischen Litera-tur, seitdem der Emigrationskampf der Arbeiterklasse aus Werken deutscher Sprache seine besten Waffen holt.

Unsere Altsprachen und Nationalisten sprechen gern von „Deut-scher Weltgeltung“, die sie sich nicht anders denken können, als auf Volksgewalt und Kriegsmacht beruhend. Das Jiddische wird von ihnen natürlich mit Hohn abgetan. Nur wenn die Not groß und zwingend ist, dann erinnert man sich auch dieser verachteten Sprach-, wie Rudenarffs berühmter Ausruf „An die Jidden in Panken“ be-weist, der für alle Zeiten das Kola-Begengut zur blauen Brille bleiben wird.

H. D.

Die australische Nachtigall Helle Melba liegt im Sterben

Die in der internationalen Bühnenwelt als „australische Nachtigall“ gefeierte Diva hat man in Deutschland nur als Kassenkämpferin kennengelernt. Und auch als solche ist sie vom Hören wohl nur der älteren Generation bekannt, während ihr Name sonst vor allem als Patin der Eispeise „Björlich-Melba“ fortlebt. Mit Joseph Joachim, dem Altmeister der Violine, mit dem zusammen die Melba jahrzehntelang den Mittelpunkt der Londoner musikalischen Saison bildete, trat sie wiederholt auch in Berlin auf. Ihre wahre Bedeutung liegt indessen in ihrem Wirken auf der Bühne, wo sie als Königin des Koloraturgesanges 40 Jahre lang unerhörte Triumphe feierte, bis sie 1926, im Vollbesitz ihrer sinnlichen Mittel, von der Bühne scheidet. Ihr bürgerlicher Name ist Helen Porter Mitchell, seit ihrer Verheiratung Armstrong. Den Bühnennamen Melba wählte sie in Erinnerung an Melbourne, wo sie am 19. Mai 1861 geboren wurde. Gegen den Willen des Vaters betrat sie, nachdem sie bei der Marchesi in Paris ihre Gesangsstudien vollendet hatte, zum erstenmal in Brüssel als „Gilda“ die Bühne, und der rauschende Erfolg dieses Debuts setzte sich dann in London und Paris fort. Sie sang dann an allen größeren Bühnen der Welt; ihre Stimme ertönt im Laufe der Jahrzehnte auch nicht die geringste Einbuße.

Die Melba war aber nicht nur die sieggewohnte Primadonna, sondern auch eine Frau, die durch Liebenswürdigkeit die Herzen zu gewinnen wußte. Ihre ungeheuren Einkünfte gestatteten ihr eine unbegrenzte Wohltätigkeit. So wanderte sie durch die Welt, um prächtig zu singen und zugleich verschwenderisch Gutes zu tun. Es versteht sich von selbst, daß eine Berühmtheit wie die Melba mit allen Größen des Tages zusammentraf. Gern berichtete sie über ihre Bekanntschaft mit Oscar Wilde, der häufig bei ihr zu Gast war, und mit dem sie ein letztes Zusammentreffen in Paris hatte. Bei einem Spaziergang wurde sie von einem heruntergekommenen aus-jehenden Individuum angesprochen. Die Sängerin wich entsetzt zu-rück: „Ich bin Oscar Wilde“, bemerkte der Fremde, „und ich werde jetzt etwas Entsetzliches tun. Ich werde Sie um etwas Geld bitten.“ Die Diva gab ihm den Inhalt ihrer Tasche, 200 Franken, und entließ, erfüllt von Mitleid und Scham.

Das kürzeste Drama. Der geistreiche französische Dramatiker Tristan Bernard hat jetzt das kürzeste Drama geschrieben, das die Weltliteratur bisher wohl aufzuweisen hat. Er teilt in der „Comœdia“ dieses Miniaturmeisterwerk mit, das er als „Express-Drama“ bezeichnet und das den Titel „Der Geächtete“ führt. Per-sonen: Labourin, der Geächtete; Melaneau, der Gebirgsbewohner. Die Szene spielt in einem Bauernhause, in einem Gebirge gelegen, in einiger Entfernung von der Grenze. Es ist Nacht. Der Sturm tobt. Der Regen trommelt gegen die Fenster. Melaneau, der Gebirger, sitzt am Feuer. Es klopft. Schmeigen. Es klopft wieder. Melaneau entschließt sich, zu öffnen. Herein tritt Labourin, der Geächtete, vom Regen durchnäßt, mit Schmutz bedeckt. Er spricht mit mühsamer, halblauter Stimme. Labourin: „Wer du auch seiest, habe Mitleid mit einem Verfolgten. Auf meinen Kopf ist ein Preis gesetzt...“ Melaneau (interessiert): „Wieviel?“ (Labourin rasch ab-Berhang.)

Die Zunahme der Lebensdauer. In der letzten Zeit hat die Abnahme der Sterblichkeit wie in den meisten europäischen Ländern, so auch in Deutschland weitere Fortschritte gemacht. Während die durchschnittliche Lebensdauer in dem Zeitraum von 1901 bis 1910 für Frauen 48 Jahre und für Männer 44 Jahre betrug, werden die Frauen im Durchschnitt heute etwa 53 Jahre, die Männer etwa 57 Jahre alt.

August Strindberg: Die Stärkere

In Genf wohnt eine Frau I., die eine Zeitung herausgibt, ge-nannt „Die Vereinigten Staaten von Europa“.

Der Gedanke einer europäischen Bundesrepublik ist ein Erbe der Saint-Simonisten. Napoleon III., der Sozialist war, bevor er Kaiser wurde, hatte die Vereinigten Staaten von Europa auf seinem Programm. Als er Eugénie Maria de Montijo heiratete, die stärker als er war, änderte er sein Programm.

Frau I. hält an ihrem fest. Sie war verheiratet mit einem alten Saint-Simonisten. Die Ehe war kinderlos geblieben. Frau I., die Idealistin ist, hält es für niedrig, den Haushalt zu besorgen. Der Mann, der Literat ist, locht das Essen und besorgt die Wohnung. Der Mann sieht nichts Niedriges darin. Aber er wird lächerlich.

Das Lächerliche liegt ja nicht darin, daß er tut, was die Frau sonst zu tun pflegt, sondern darin, daß er es allein tut. Wenn beide es tun, wird keiner lächerlich.

Jetzt soll der Mann tot sein. Aber andere sagen, er sei nach Amerika ausgewandert. Diese Ehe heißt also keine Ehe geworden zu sein. Keine wirkliche Ehe, da die Gatten keine Kinder bekamen.

Freien Spielraum zu einer Novelle gibt diese halb bekannte Geschichte. Der Stoff kann von allen Gesichtspunkten gedeutet werden. Ich habe versucht, mehr Material zu erhalten, aber leider vergeblich.

Erlag der Mann dem Gelächter? Fand er seine Stellung un-haltbar? Glaubte er sich gedemütigt?

Wer weiß?

Als Victor Hugo begraben wurde, stand eine einsame Droschke an der Porte Maillet, bereit, in die Prozession einzurücken.

Es war ein Einspänner, ärmlich aussehend, ein solcher, in dem man einen Betrunknen oder Erkrankten fort-schafft.

Auf dem Kutschbock war eine Art Obelisk errichtet, schwarz be-zogen, mit einem Kranz aus Fichtenzweigen und Blumen verziert. In dem Kranz stand ein Vers von Victor Hugo geschrieben.

In der Droschke saßen zwei ältere Frauen und ein Mann, dieser auf dem Rücksitz. Die Frauen hielten eine große Fahne, deren Ende sie im Winde flattern ließen.

Da war eine Landschaft gemalt, in der Vertreter von allen Völkern der Erde standen, einander die Hand reichend. Darüber war in Gold geschrieben: La République Universelle. Darunter ein Vers von Hugo an die Uniersalrepublik.

Alle, die vorbeigingen, Blusen wie Gebrölle, Dekorierete wie Un-dekorierte, Frauen wie Männer, blieben pflichtschuldig stehen, um über das Schauspiel zu lachen. Wer nicht lachen wollte, der mußte, um seine Ehre und seine Intelligenz zu retten.

Aber die beiden Frauen hielten die Fahne hoch, dann und wann eine Erklärung abgehend, ernst, freundlich, ohne Bosheit oder Eifer.

Sahen sie das Buchen nicht? Doch, das konnte ihnen nicht ent-gehen. Aber sie hatten wohl nichts anderes erwartet. Deshalb erstaunten sie nicht, erzürnten sich nicht. An die Zukunft stellten sie wohl ideale Forderungen, doch an die Zeitgenossen schienen sie durch-aus keine zu stellen.

Aber der Mann auf dem Rücksitz sah das Buchen! Deshalb wand er sich wie ein Sünder am Schandpfahl.

Warum war er so feige?

Ich dachte an Frau I. War sie es, welche die Fahne hielt? War es ihr Mann, der sich versteckte?

Dann dachte ich an Napoleon III. Wenn er jetzt gelebt und gesehen hätte, wie man die Utopie seiner Jugend auf einer Flaggen-stange hielte, in der Prozession für den Verfasser von „Napoleon dem Kleinen“.

Dann wäre Eugénie Maria de Montijo aus der Avenue de la Grande Armée gekommen und Frau I. in der Droschke begegnet. (Wenn es Frau I. war!)

„Du hast die Idee meines Ludwig gestohlen“, hätte sie gesagt. Dann hätte Frau I. geantwortet:

„Er waagt sie ja nicht zu tragen, der Tropf! Er hat Angst vor dir! Deshalb tue ich es! Betrachte diesen armen Mann, der dort auf dem Rücksitz hebt und zittert. Schöne Heiden, muß ich sagen! Warum redet man vom schwachen Geschlecht?“

„Davon sprach Ludwig nie! Er wußte sehr wohl, daß in der Geschichte stehen müsse: Eugénie I., 1853—70, statt Napoleon III., 1852—70.“

„Warum will man uns Frauen kein Stimmrecht geben?“

„Was sollen wir Frauen mit Stimmrecht? Wir haben ja ab-solutes Veto! Der Kaiser war der unbedeutendste im ganzen Kaiser-tum: er besaß weder Stimmrecht noch Veto! Ich besaß wenigstens dies!“

„Ja, das war schlimm, daß Sie das Veto damals besaßen!“

„Gut oder schlimm, Mann oder Weib, der Stärkere herrscht!“

„Augenblicklich bin ich es“, rief Frau I. und schwenkte die Fahne. Da rief die Polizei:

„La République Universelle!“

Und die Uniersalrepublik rüdt in die Prozession, zwischen einem Huberkub und einem Gesangverein, unter Sport eingestell.

Aber die Kaiserin wird nicht aufgerufen, denn sie weiß in Chiffelhurst, wo sie Bonapartisten empfängt, die für das dritte Kaiser-tum agitieren.

(Aus dem Roman „Katholische Ketzereien“ von E. Scherins.)